



Quer gedacht. Gut gemacht.

Über den praktischen Mehrwert
und die Perspektiven
Regionaler Bildungsnetzwerke in NRW



Durchblick. Einblick. Ausblick.

Wir haben gemeinsam viel geschafft – und wollen noch mehr erreichen

Statement der Kommunalen Spitzenverbände zur Gegenwart und Zukunft Regionaler Bildungsnetzwerke 4

Sylvia Löhrmann: „Wir müssen mehr in Verantwortlichkeiten und weniger in Zuständigkeiten denken“

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, über Aufgaben, Stand, Perspektiven und Gelingensbedingungen Regionaler Bildungsnetzwerke (RBN) 8

Durchblick:

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile

Aufbau, Nutzen, Handeln, Arbeitsweisen und Menschen der Regionalen Bildungsnetzwerke in NRW 13

Einblick:

Bildungsnetzwerke bauen Brücken

Gemeinsame Visionen trotz unterschiedlicher Perspektiven und Kompetenzen
Dreizehn Beispiele aus der Praxis:
Kreis Herford – Bochum – Paderborn – StädteRegion Aachen – Bottrop – Kreis Steinfurt – Gelsenkirchen – Kreis Düren – Kreis Gütersloh – Rheinisch-Bergischer Kreis – Mülheim an der Ruhr – Düsseldorf – Dortmund 23

Ausblick:

Verändern, um zu verbessern

Acht Felder, die wir besser bestellen wollen 39

Glossar

Eckpunkte, Partnerschaften und Akteure der regionalen Vernetzung 45

Impressum 51



Dr. Stephan Articus,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Städtetag
Nordrhein-Westfalen



Dr. Martin Klein,
Hauptgeschäftsführer
Landkreistag
Nordrhein-Westfalen



Dr. Bernd Jürgen Schneider,
Hauptgeschäftsführer
Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

WIR HABEN GEMEINSAM VIEL GESCHAFFT – UND WOLLEN NOCH MEHR ERREICHEN

Statement der Kommunalen Spitzenverbände NRW zur Gegenwart und Zukunft Regionaler Bildungsnetzwerke

Die Regionalen Bildungsnetzwerke schaffen echte Mehrwerte für die Menschen und ihre Kommunen

Bildungsinstitutionen mit erfolgreicher Arbeit und bildungspolitische Akteure mit einem hohen persönlichen Engagement gab es vor und gibt es heute auch noch neben den Regionalen Bildungsnetzwerken. Gerade deshalb war es wichtig, mit der Gründung der Regionalen Bildungsnetzwerke der gewünschten, besseren Zusammenarbeit eine feste Struktur zu geben. Sie zielt darauf ab, dass alle relevanten Bildungsakteure in einer kreisfreien Stadt oder einem Kreis voneinander wissen. So kann durch ein systematisches Zusammenwirken ein echter Mehrwert für die Menschen – junge wie alte – und ihre Kommune insgesamt geschaffen werden. Denn Bildungspolitik, die die gesamte Bildungskette abbildet und einbindet, ist ein nicht zu unterschätzender „harter“ Standortfaktor.

Das hat sich gelohnt: Es gibt heute viele gute Beispiele für die gezielte Unterstützung im Bereich der Übergänge, der Sprachkompetenz, für gezielte Unterstützungsangebote durch die enge Kooperation von Schulen und Jugendhilfe oder die Verbesserung der Lehrerfortbildung durch die Einbindung der Kompetenzteams.

Die Regionalen Bildungsnetzwerke stehen für klare Zielsetzungen und Handlungsfähigkeit

Einerseits: Die Ausgangslage der Regionalen Bildungsnetzwerke ist so vielfältig wie die Kommunen, die in ihnen vertreten sind. Andererseits: Trotzdem bzw. gerade deshalb lassen sich landesweit allgemeingültige Aussagen über die strukturellen Aspekte treffen.

Das hat sich bewährt: Der „Mustervertrag“ und die darin vereinbarten Verantwortlichkeiten bilden eine gute Basis. Das „Organisationsmodell“ der Regionalen Bildungsnetzwerke – Bildungskonferenz, Lenkungskreis, Regionales Bildungsbüro – ist eine arbeitsfähige Struktur und gewährleistet sowohl mittel- und langfristige Zielsetzung(en) als auch Handlungsfähigkeit und Außenwirkung.

Die Regionalen Bildungsnetzwerke sind ein Erfolgsmodell „made in NRW“

Die Regionalen Bildungsnetzwerke sind für das Ziel der Schaffung eines zukunftsfähigen Bildungssystems von großer Bedeutung. Dabei geht es nicht um die Vernetzung um der Vernetzung willen, sondern um das Ziel, mithilfe der Vernetzung mehr Bildungsgerechtigkeit für jeden einzelnen Menschen zu schaffen. Die Regionalen

Bildungsnetzwerke sind ein gelungenes und auch über die Landesgrenzen von NRW hinaus beispielhaftes Projekt, wie die Arbeit kommunaler und staatlicher Aufgabenträger im Bildungsbereich wirksam verbunden werden kann – und zwar ohne die jeweiligen Zuständigkeiten infrage zu stellen.

Das ist gut so: Die Regionalen Bildungsnetzwerke sind ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW). Wer die bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte kennt, weiß, dass das nicht immer selbstverständlich war.

Die Regionalen Bildungsnetzwerke gehen mit Elan in die nächste Runde

„Alles Leben ist Bewegung, Bewegung ist Leben“, stellte Leonardo da Vinci bereits 1508 fest. Das gilt auch für die Regionalen Bildungsnetzwerke und die Bildungspolitik schlechthin. Nur in diesem Geiste können wir eine zukunftsfähige und kohärente Bildungspolitik verstetigen: Die Regionalen Bildungsnetzwerke sind aus der Bewegung entstanden. Jetzt gilt es, dass sie ihren Schwung behalten. Deshalb ist es so wichtig, immer wieder neue Menschen für die Arbeit der Regionalen Bildungs-

netzwerke zu begeistern, die bestehenden Strukturen zu festigen und auszubauen – ohne Akteure und Strukturen zu überfordern – und auch für die entsprechenden Ressourcen zu sorgen. Vernetzung kostet Zeit – und diese Zeit muss eingeplant und zur Verfügung gestellt werden. Deshalb ist es so wichtig, immer dann die Ressourcenanpassung zu überdenken und anzupassen, wenn den Regionalen Bildungsnetzwerken neue Aufgaben überantwortet werden.

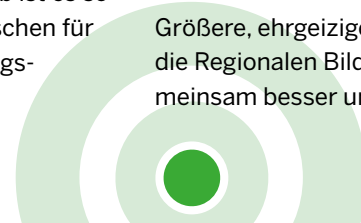
Das ist uns bewusst: Die adäquate Reaktion der Bildungspolitik und damit auch aller Akteure in den Regionalen Bildungsnetzwerken an eine sich stark verändernde Gesellschaft wird eine der großen Herausforderung der kommenden Jahre werden. Notwendige Anpassungen und sich ergebende Neuorientierungen rühren an bisherigen professionellen und institutionellen Identitäten und verlangen ein verändertes Selbstverständnis aller Akteure – in den Regionalen Bildungsnetzwerken selbst, aber ebenso in den Kommunen und in der Schulaufsicht.

Die Regionalen Bildungsnetzwerke machen eine gemeinsame Bildungsplanung erst möglich

Größere, ehrgeizige Projekte können durch die Regionalen Bildungsnetzwerke gemeinsam besser umgesetzt werden.

Erste Ansätze für eine auf Konsens und Kooperation angelegte Bildungs- und Schulentwicklungspolitik entwickeln sich vielerorts bereits vielversprechend. In den Großstädten gibt es großen Bedarf nach Ganztagschulen und -angeboten sowie integrierten Bildungsgängen bzw. Schulen. Der ländliche Raum wird durch den demografischen Wandel – zurückgehende Schülerzahlen und geändertes Elternwahlverhalten – vor große Herausforderungen gestellt. Beim Ausbau der Ganztagschulen, der Umsetzung der Inklusion und der Gestaltung der Übergänge zwischen den Bildungssystemen – insbesondere der Sicherung der Anschlussfähigkeit „Kein Kind zurücklassen“, „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – gibt es vielerorts noch offene Fragen.

Das ist unsere Chance: Diese Herausforderungen können nur durch gemeinsames Handeln und enge Abstimmung aller Bildungsakteure vor Ort bewältigt werden. Die Regionalen Bildungsnetzwerke können eine gut funktionierende Plattform bieten, um unterschiedliche Bildungsangebote mit dem Ziel einer optimalen Förderung von Kindern, Jugendlichen sowie Erwachsenen mit verschiedenen Interessen, Kompetenzen, Betreuungs- und Förderbedarfen regional abzustimmen.



Die Regionalen Bildungsnetzwerke fassen Zukunftsaufgaben an

Die Übergänge zwischen den verschiedenen Stufen der Bildungssysteme (frühkindliche Bildung – Grundschule – weiterführende Schule/Schule – Berufsausbildung/Studium und Weiterbildung) funktionieren noch lange nicht reibungslos. Oftmals kommt es zu Brüchen, die alle Beteiligten belasten. Insbesondere bei der kommunalen Koordinierung des Übergangs von der Schule in den Beruf oder ins Studium, wie im Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ vorgesehen, kommt es nicht nur darauf an, die Akzeptanz aller Akteure zu gewinnen, sondern auch deren Leistungsbeiträge einzufordern. Denn kommunale Koordinierung kann nicht von den Kommunen alleine gestemmt werden.

Das steht an: Nachdem mittlerweile alle Kreise und kreisfreien Städte die Koordinationsaufgaben übernommen haben, gilt es weiterhin, die Herausforderungen bei der Neuordnung der Übergangssysteme zwischen Kommunen, der Agentur für Arbeit, Wirtschaftsverbänden, Kammern, Gewerkschaften und den beteiligten Landesministerien offen zu benennen und Lösungen zu entwickeln.

Die Regionalen Bildungsnetzwerke schaffen Win-win-Situationen durch Verknüpfungen

Die Kommune bietet eine Vielzahl außerschulischer Bildungsangebote: in Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Medienzentren, Archiven, Theatern und Museen. Die bisher meist nur punktuelle Zusammenarbeit mit der schulischen Bildung sollte deutlich enger und systematischer verknüpft werden. Die Regionalen Bildungsnetzwerke setzen hier an mit ihrer Struktur, die wie gemacht ist für Systematisierung und Verstetigung.

Das liegt auf der Hand: Von der Zusammenarbeit schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen profitieren nicht nur die Schulen, die ihr Angebot gezielt verbreitern wollen, sondern auch die Einrichtungen, die sich so früh an junge Nutzerinnen und Nutzer wenden und diese so auch langfristig an sich binden können. Allerdings gilt: Was in den kreisfreien Städten kein Problem darstellen sollte, kann im kreisangehörigen Raum aufgrund der unterschiedlichen Trägerschaft von Regionalem Bildungsnetzwerk und vielen kommunalen Einrichtungen eine Herausforderung sein, die nicht nur eines guten Willens, sondern auch eines langen Atems bedarf.

Die Potenziale der Regionalen Bildungsnetzwerke sind noch lange nicht ausgeschöpft

Es bleibt das Ziel, die gesamte Bildungskette abzubilden und einzubinden. Daran arbeiten heute bereits 50 Regionale Bildungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen – erfolgreich, wie die Evaluationen gezeigt haben. Umso wichtiger ist es, ihre Arbeit zu verstetigen, neue Partnerinnen und Partner zu gewinnen und auch neue Vernetzungen zu unterstützen und zu begleiten. Wir wollen die vielen Potenziale, die uns die Regionalen Bildungsnetzwerke bieten, noch besser sichtbar machen und nutzen.

Da setzen wir den Hebel an: Bei der Fortentwicklung der Regionalen Bildungsnetzwerke vor Ort sind für die Zukunft folgende fünf Punkte aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände von Bedeutung:

1. Die Arbeit der Lenkungsorgane verdient mehr Aufmerksamkeit, denn sie sind die zentralen Steuerungs- und Gestaltungsorgane und fungieren als „Klärungs- und Koordinationsstelle“ sowohl, in der Kommune als auch zwischen Kommune und Land.
2. Im kreisangehörigen Raum muss ein Fokus auf die verbesserte Verzahnung zwischen dem Regionalen Bildungsnetzwerk und den einzelnen kreisangehörigen Städten und Gemeinden gelegt werden.
3. Synergien schaffen: Durch geschickte Organisation lassen sich alle zur Verfügung stehenden Ressourcen und Mittel (auch aus anderen Förderprogrammen) bündeln und einbinden sowie die verschiedenen Aufgaben bildungspolitischer Projekte besser synchronisieren.
4. Mit gezielter Evaluation und Monitoring gewinnen wir immer genauere Daten, um unsere Arbeit weiter zu verbessern.
5. Die Regionalen Bildungsnetzwerke haben eine intensive Öffentlichkeitsarbeit verdient. Denn die Existenz, die Funktion und erst recht die Erfolge Regionaler Bildungsnetzwerke sind außerhalb von Beteiligten- und Expertenkreisen immer noch viel zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Das muss sich ändern.

Quer gedacht. Gut gemacht.

Aufgaben, Stand, Perspektive und Gelingensbedingungen.





„Wir müssen mehr in Verantwortlichkeiten und weniger in Zuständigkeiten denken“

Sylvia Löhrmann,
Ministerin für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

Quer gedacht. Gut gemacht.
So fasst der Titel dieser Broschüre den Stand 2015 Regionaler Bildungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen zusammen.
Was wurde bisher gemacht?

Sylvia Löhrmann: In Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1995, dem Erscheinungsjahr der Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ eine lange Tradition, systematisch die Kooperation von Land und Kommune vor Ort zu suchen. 1997 erprobten zwei Pilotregionen die Empfehlungen der Denkschrift, seit 2002 wurde in 19 Modellregionen die Entwicklung von Schulen und Schul- bzw. Bildungslandschaften systematisch vernetzt. Inzwischen bietet unser Ministerium allen Kreisen und kreisfreien Städten eine Kooperationsvereinbarung an. Das Grundprinzip lautet: Bestehende Zuständigkeiten bleiben erhalten, aber die Kooperation zwischen Schulaufsicht und Kommune wird im Konsensprinzip systematisch ausgebaut. Bis heute haben 50 von 53 Kreisen bzw. kreisfreien Städten diesen Rahmenvertrag unterschrieben und ein Regionales Bildungsnetzwerk eingerichtet. Oder kurz: Die Regionalen Bildungsnetzwerke werden überparteilich und über alle Verbände hinweg als wichtige und nützliche Einrichtung anerkannt.

„Die Netzwerkstruktur ist die angemessene Organisationsform für die geforderte staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft“

Die Regionalen Bildungsnetzwerke konkretisieren die zu recht eingeforderte „staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft“ wirkungsvoll und praxistauglich. Das bestätigen auch die Evaluationen aus den Jahren 2013 und 2014, die die Entwicklung in 34 Regionen unter die Lupe nahmen, die auf eine mindestens fünfjährige Erfahrung zurückblicken. Beeindruckend fand ich an den Rückmeldungen vor allem, dass sie die Netzwerkstruktur für die angemessene Organisationsform der staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft erachten. Zum anderen belegen sie, dass das Zusammenspiel der Akteure vor Ort zu einer erhöhten Bildungsgerechtigkeit vor Ort geführt hat.

Und was bedeutet in diesem Zusammenhang „quer gedacht“?

Sylvia Löhrmann: Das Ganze ist stets mehr als die Summe seiner Einzelteile – das gilt insbesondere für die Bildungspolitik. Wir wissen aus der internationalen Bildungsforschung, dass es darauf ankommt, alle Beteiligten im Bereich der Bildung miteinander zu vernetzen – quer zu den tradierten Abgrenzungen zwischen den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen. Wir wissen heute, dass das Zusammenspiel aller Akteure vor Ort einen wesentlichen Beitrag zu gelingenden Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen leistet. Auf den Punkt gebracht: Die Regionalen Bildungsnetzwerke bündeln die Kräfte und legen die Grundlage für die Zusammenarbeit von Schulträgern, Schulen, Schulaufsicht, Wirtschaftsunternehmen, Sozialpartnern, Vereinen, Jugendhilfe, Stiftungen, Kammern und Wohlfahrtsverbänden. Mit dieser fortgeschrittenen Praxis der Regionalen Bildungsnetzwerke nimmt Nordrhein-Westfalen eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

„Für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen die Bildungssysteme durchlässiger werden und die Bildungsakteure Hand in Hand arbeiten“

Es geht also nur miteinander und nicht gegeneinander ...

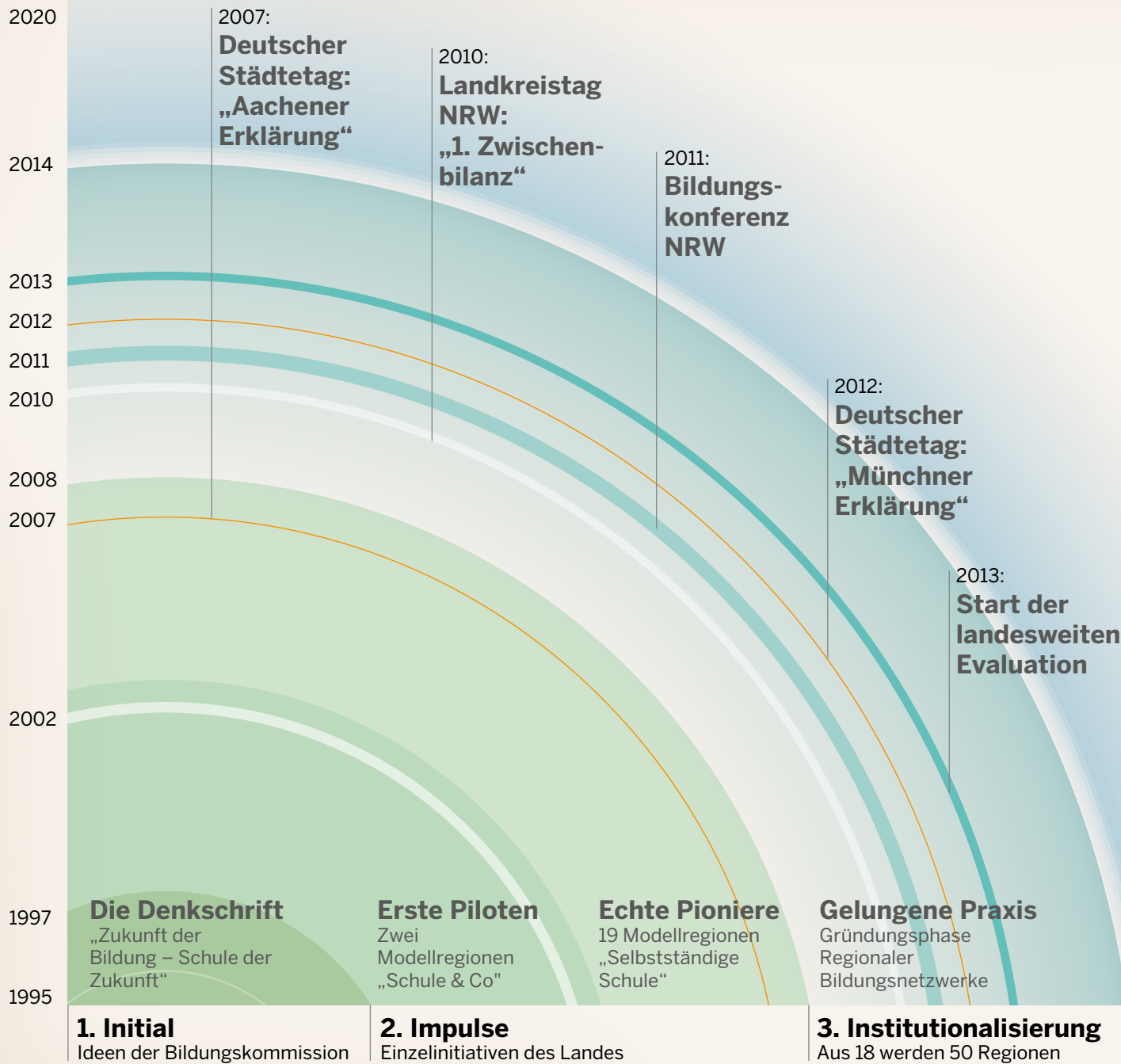
Sylvia Löhrmann: ... absolut. Das gilt natürlich auch für das Verhältnis von Regionalem Bildungsnetzwerk und den kommunalen bzw. staatlichen Verwaltungsstrukturen. Hier geht es um Verknüpfung und Konsens zwischen den regionalen Netzwerkerinnen und Netzwerkern einerseits und den kommunalen bzw. staatlichen Strukturen wie den Schulausschüssen und der Schulaufsicht andererseits. Aber auch hier belegen die Evaluationen von 2013 und 2014 (vergl. dazu Abbildung Seite 21) den Fortschritt: Rund Dreiviertel der Befragten konstatieren eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren und eine große Mehrheit sieht einen erhöhten Stellenwert der Bildung in der kommunalen Politik (59 % bzw. 74 %) und Verwaltung (64 % bzw. 74 %).

Das ist erfreulich, zeigt aber auch, dass noch viel zu tun ist. So ist offensichtlich, dass zur Stärkung der Regionalen Bildungsnetzwerke die Einbringung der kreisangehörigen Kommunen von ebenso hoher Bedeutung ist wie der Ausbau der Kooperationen mit anderen Bildungsträgern entlang der Bildungsbiografie.

Regionale Bildungsnetzwerke stehen also für ein verändertes bzw. sich ständig erweiterndes Bildungsverständnis?

Sylvia Löhrmann: Das kann ich hundertprozentig unterstreichen. Diese Veränderung ist zentral und spiegelt sich wohl am klarsten in dem gerne zitierten afrikanischen Sprichwort wider, wonach es eines ganzen Dorfes bedarf, um ein Kind zu erziehen. Oder übertragen: Für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen die Bildungssysteme durchlässiger werden und die Bildungsakteure Hand in Hand arbeiten. Denn Bildung – formale, nonformale und informelle – findet heute an vielen Orten statt und kennt viele Akteure – nicht nur in der Schule, es beginnt schon in den Kitas und Familienzentren und setzt sich in Jugend- und Kultureinrichtungen und vielen außerschulischen Lernorten fort.

„Die Arbeit im Team mag zwar anstrengender sein, dafür aber ist der Mehrwert für alle Beteiligten umso größer“



Gute Ideen ziehen Kreise Der Weg der Regionalen Bildungnetzwerke

Die Schulen müssen sich also weiter öffnen ...

Sylvia Löhrmann: ... was die logische Konsequenz aus den bereits stattgefundenen Veränderungen ist. Denn Schule ist schon lange nicht mehr die pure Aneinanderreihung von 45-Minuten-Einheiten. Die Zeiten, als Schule ein eher geschlossenes System war, in dem die Lehrerinnen und Lehrer ihr Bestes gaben und ab und zu mal die Eltern vorkamen, sind schon lange vorbei. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie zum Beispiel die Kooperationen mit Museen, Musikschulen, Weiterbildung, Stiftungen und/oder Unternehmen sind nichts Außergewöhnliches mehr. Die ersten Schritte sind überall gemacht. Deshalb ist es so wichtig, dass die Schulen sich weiter öffnen. Je mehr Außenwelt in die Schule hineinkommt und je mehr die Kinder und Jugendlichen hinausgehen in die Welt, umso anschaulicher, ganzheitlicher und nachhaltiger werden Bildungsprozesse.

Aber schafft die geforderte Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Partnern nicht neue Probleme?

Sylvia Löhrmann: Dem muss ich entschieden widersprechen, auch auf Basis meiner eigenen Erfahrung vor Ort – als Lehrerin auf der einen Seite und Bildungspolitikerin auf der anderen Seite. Es geht ja nicht um Eitelkeiten, sondern um die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Das stellt für die notwendige kontinuierliche Begleitung über Kindheit, Jugend bis zur Ausbildung mit der Vielzahl von Übergängen eine große Herausforderung dar. In diesen schwierigen Phasen für Kinder/Eltern müssen Präventionsleistungen gut ineinandergreifen. Das sehen auch unsere Lehrerinnen und Lehrer nicht anders. Es mag unterschiedliche Nuancen bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe geben – aber dass Vernetzung heute unverzichtbar ist und ohne Vernetzung nichts mehr geht, ist allen Akteuren der Bildungspolitik klar.

„Keine Frage, die Regionalen Bildungsnetzwerke müssen sich öffnen und sich breiter aufstellen“

Zusammenarbeit ist also der Schlüssel zum Erfolg?

Sylvia Löhrmann: Und die Entscheidungsfreiheit. Denn die Regionalen Bildungsnetzwerke sind nicht „von oben“ verordnet, sondern durch die Freiwilligkeit legitimiert. In diesem Sinne sind die Regionalen Bildungsnetzwerke auch ein „großer Motivator“, weil sie aufzeigen, dass Arbeit im Team zwar anstrengender sein kann, dafür aber der Mehrwert für alle Beteiligten umso größer ist. Das belegt auch die eingangs angesprochene Evaluation: Zwei Drittel der Befragten gehen hoch motiviert zu Werke und bewerten den Kosten-Nutzen-Aufwand positiv.

Nordrhein-Westfalen ist auch das Land der Weiterbildung, mit einem dichten Netz von Volkshochschulen und einem breiten Angebot der Bildungseinrichtungen von Verbänden, Kirchen, Arbeitnehmerorganisationen und Stiftungen. Wie steht es um die Integration der Weiterbildung in die Regionalen Bildungsnetzwerke?

Sylvia Löhrmann: Theoretisch ist die angelegt, praktisch aber noch nicht in der Fläche so vollzogen, wie es sein sollte. Keine Frage, die Regionalen Bildungsnetzwerke müssen sich öffnen und sich breiter aufstellen. Viele Akteure der Weiterbildung sind dazu bereit, sehen die Chancen und sagen: Mit uns ist mehr drin. Und sie haben Recht, denn so lassen sich noch mehr Verknüpfungen und Synergien schaffen.

Dieser Schritt ist überfällig, wenn wir verstehen, dass Bildung auch gleichzeitig Sozial-, Struktur-, Wirtschafts-, Integrations-, Gesellschaftspolitik und ein Eckpfeiler kommunaler Demokratie ist. Ein Beispiel, das mir auf den Nägeln brennt: Wir haben bundesweit rund 7,5 Millionen sogenannter funktioneller Analphabetinnen und Analphabeten, also Menschen, die nicht ausreichend Lesen und/oder Schreiben können. Nehmen sich Schulen, Einrichtungen der Weiterbildung, Verbände und kommunale Einrichtungen dieser Frage an,

dann nutzt das nicht nur den Betroffenen selbst, sondern ist aus naheliegenden Gründen auch gut für die Kommune.

„Regionale Bildungsnetzwerke sollten 'Chef- bzw. Chefinnensache' sein. Sie entstehen und bestehen, wenn wesentliche und einflussreiche Akteure aus Politik und Verwaltung sich einig sind, dass sie gemeinsam Bildungspolitik gestalten wollen“

Gibt es ein Erfolgs- bzw. ein Patentrezept für Regionale Bildungsnetzwerke?

Sylvia Löhrmann: Die kann es nicht geben, da die Voraussetzungen von Ort zu Ort unterschiedlich sind. In der kreisfreien Stadt X stellen sich die Fragen anders als im Landkreis Y. Aber in beiden Gemeinden muss der Wille vorhanden sein, mehr in Verantwortlichkeiten und weniger in Zuständigkeiten zu denken. Dafür braucht es einen klaren Rahmen, denn ein „Setzen wir uns mal zusammen“ ist zu wenig. Drei Gelingensbedingungen möchte ich nennen, bei denen wir uns übrigens auch einig sind mit den kommunalen Spitzenverbänden:



Erstens: Regionale Bildungsnetzwerke sollten „Chefsache“ sein. Sie entstehen und bestehen, wenn wesentliche Akteure aus Politik und Verwaltung sich einig sind, dass sie gemeinsam – also im Konsens – Bildungspolitik gestalten wollen und deshalb auch bereit sind, zu kooperieren, verbindliche Absprachen zu treffen, gemeinsame Handlungsfelder festzulegen und Ressourcen zu bündeln.

Zweitens: Natürlich brauchen die Regionalen Bildungsnetzwerke nicht nur die Unterstützung an der Spitze, sondern auch eine breite Verankerung und Beteiligung vor Ort. Das eine bedingt das andere – und umgekehrt. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, alle in den gewählten Handlungsfeldern tätigen staatlichen und privaten Institutionen mit einzubinden. Und da wissen wir aus Erfahrung, dass das umso besser gelingt, je transparenter die Arbeit des Regionalen Bildungsnetzwerkes gemacht wird. Denn wie immer gilt es, das Unsichtbare sichtbar zu machen, also gute Kommunikation „abzuliefern“.

Drittens: Last, but not least kommt es auf die Mitarbeitenden selbst an, die zum einen sehr erfahren im Projekt- und Netzwerkmanagement sind und zum anderen bei der Umsetzung der Aufgaben und Ziele unterstützt werden sollten.

Letzte Frage: Was sind Ihre Erwartungen an diese Broschüre?

Sylvia Löhrmann: Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme, die zum einen aufzeigt, was gut läuft, und zum anderen Hinweise gibt, wo Optimierungs- und Handlungsbedarf herrscht, wo Synergien nicht gesehen und genutzt werden, wo wir weitere Grenzen überwinden und wo wir noch mehr die Zivilgesellschaft einbeziehen müssen und können. Denn die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, wie Inklusion und Ganztagschule, kann Schule besser bewältigen, wenn alle gemeinsam daran arbeiten.



Durchblick: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile

Aufbau, Nutzen, Handeln, Arbeitsweise und Menschen der Bildungsnetzwerke in NRW



Der Anspruch der Regionalen Bildungsnetzwerke in NRW ist klar: Durch gemeinsames, abgestimmtes Handeln zwischen Land, Kommune und Zivilgesellschaft sollen die Bildungs- und Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene bestmöglich gestaltet werden. Warum liegt darin eine große Chance? Wie lässt sich das institutionell anpacken? Was sind die Gelingensbedingungen? Um diese drei „W-Fragen“ geht es auf den folgenden Seiten.

Erste Gretchenfrage: Wie können Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen erfolgreich gestaltet werden?

Darauf gibt es vielerlei Antworten, aber die – auch international – überzeugendste Antwort geht von der Notwendigkeit und Wirksamkeit regionaler Bildungslandschaften aus, oder auf den Punkt gebracht: Bildungsverantwortliche benötigen Freiraum und Vernetzung.

Wandel statt Stillstand

Jede Bildungseinrichtung ist ein Unikat. Bildungsentwicklung bedeutet immer, die einzelnen Bildungseinrichtungen durch die Bereitstellung passender Angebote und Ressourcen dabei zu unterstützen, selbst Konzepte zur Umsetzung auf die Beine zu stellen und immer wieder anzupassen oder weiterzuentwickeln. Diese „Fähigkeit

oder Kapazität zum Wandel“ wird von der Forschung als Königsweg für die Innovation von Bildungseinrichtungen und auch Behörden angesehen – eben weniger Stückwerk und Druck, dafür mehr Ganzheitlichkeit und Unterstützung.

Entdecken statt Administrieren

Studien zu den PISA-Siegerschulen zeigen uns, dass es Schulen gelingt, Lösungen für Probleme selbst zu entdecken und auch Maßnahmen zur Weiterentwicklung selbst umzusetzen. Offensichtlich ist es nur wenig hilfreich, die mit wissenschaftlicher Hilfe entwickelten Programme zentral gesteuert umzusetzen.

Menü statt Büfett

Das bedeutet vor allem zweierlei: Erstens müssen wichtige Eckpfeiler – wie eine gute Aus- und Fortbildung der in Bildungseinrichtungen tätigen Menschen, regelmäßige Investitionen in die Lernumgebung und verbindliche Ressourcenzuweisungen – gegeben sein, damit sich die einzelnen Organisationen entwickeln können. Zweitens müssen vor Ort alle Mitgestaltenden erfolgreicher Bildungsbiografien eine gemeinsame Leitvorstellung davon haben, was gut für ihre Kinder und Jugendlichen ist. Darauf bezogene klare Programme mit verbindlicher Kooperation zwischen den Bildungsakteuren, gemeinsamem Kompetenzaufbau und gemeinsamer Reflexion der erreichten Ziele müssen wie bei einem

gelingen Menü harmonisch aufeinander abgestimmt werden und nicht additiv wie auf einem Büfett angeboten werden, aus dem sich jeder ein paar Happen herauspickt.

Vernetzung statt Vereinzelung

Kooperation gilt nicht nur für die einzelne Bildungseinrichtung. Für die Gestaltung erfolgreicher Bildungsbiografien müssen alle Akteure von Land, Kommune und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten: jene, die sich über den Tag um dieselben Kinder und Jugendlichen kümmern, und jene, die über die verschiedenen Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen hinweg verantwortlich für das Aufwachsen und die Bildung junger Menschen sind.

Gemeinsames Anliegen aller Beteiligten sind die Kinder und Jugendlichen vor Ort. Aus ihrer Perspektive die notwendige Zusammenarbeit zu leisten, erfordert ressort- und organisationsübergreifendes Denken und Handeln. Das ist ungewohnt und anstrengend, birgt aber die Chance, aus einem Nebeneinander langfristig ein Miteinander zu entwickeln: damit wirksamer gearbeitet werden kann und kein junger Mensch zurückgelassen wird.

Ausgangslage: Diese Grundüberlegungen standen von Anfang an Pate beim Projekt der Regionalen Bildungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen. Regionale Bildungsnetz-



Mitgestaltung und der Blick für Standards sind vereinbar...

„Die Verantwortlichen in der Schulaufsicht sind als Team in der Region präsent. Sie stehen vor der Herausforderung, an den Entwicklungen in den Regionen engagiert mitzuwirken und gleichzeitig alle Initiativen immer wieder auf die Vereinbarkeit mit den staatlichen Vorgaben zu überprüfen. Als Mitglieder in den Lenkungskreisen sorgen sie für Verbindlichkeit in den Schulen und sichern die fachliche Kontrolle von Maßnahmen und Handreichungen.“

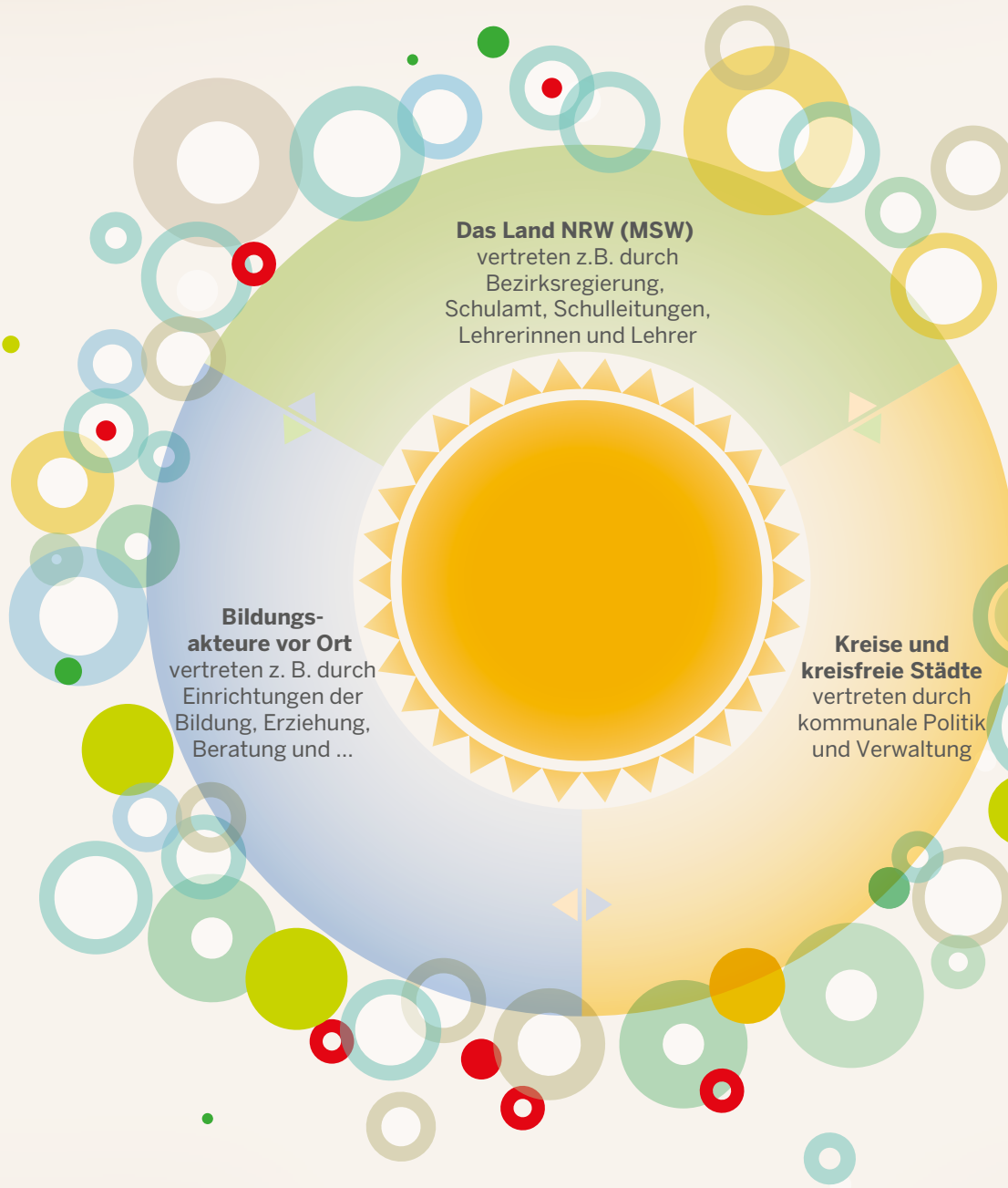
„Hatte sie bislang vor allem die eigene Schulform im Blick, setzen sie sich nun im ständigen Austausch mit ihren Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen dafür ein, dass für die Kinder und Jugendlichen etwas ‚herauskommt‘.“

Gertrud Bergkemper-Marks,
Abteilungsleiterin
Bezirksregierung Köln

vor Ort am besten wissen, welche Herausforderungen durch eine freiwillige Zusammenarbeit bewältigt werden können – egal ob in einzelnen Einrichtungen oder in der Zusammenarbeit von Institutionen wie Schule und Jugendhilfe oder Schule und Weiterbildung.

Bildungsakteure vor Ort

- Hebammen
- Tagesmütter
- KiTas
- Alle Schulformen
- Schüler selbstverwaltung
- Elternpflegschaften
- Einrichtungen der Weiterbildung
- Einrichtungen der Familienbildung
- Integrationszentren
- Inklusionsbeauftragte
- Gesundheitswesen
- Interkulturelle Begegnungsstätten
- Einrichtungen der Beruflichen Bildung
- Einrichtungen der Demokratiebildung
- Hochschulen
- Fachhochschulen
- Agentur für Arbeit
- Musikschulen
- Volkshochschulen
- Gedenkstätten
- Bibliotheken
- Unternehmen
- Gewerkschaften
- Initiativen
- Stiftungen
- Vereine
- Religionsgemeinschaften
- Kunstschaffende
- Kulturschaffende
- Medienschaffende
- Einrichtungen für Sport & Bewegung
- Initiativen für Umwelt & Natur
- Stadteileinrichtungen
- Generationenprojekte
- Gleichstellungsbeauftragte
- Archive
- Museen
- Theater
- Universitäten
- u.v.m.



Alle an einem Tisch Akteure Regionaler Bildungsnetzwerke

Die Regionalen Bildungsnetzwerke bestimmen selbst über ihre Themen und Schwerpunkte. Zugeschnitten darauf lädt die Bildungskonferenz aus der Vielfalt örtlicher Bildungsakteure ein.

Zweite Gretchenfrage: Wie lässt sich Bildung ganzheitlich und nachhaltig gestalten?

Inzwischen können die Regionalen Bildungsnetzwerke auf eine mehrjährige Aufbauarbeit zurückblicken (siehe Grafik Seite 15: Alle an einen Tisch). Bereits heute sind sie für die Akteure aus Einrichtungen und Institutionen sowie für ihre eigenen Organisationen ein zentraler und wichtiger Partner. Auch wenn die Regionen ganz unterschiedliche Wege gehen, verbindet sie doch eine transparente und zugleich auf Beteiligung und Nutzen ausgerichtete Struktur der Bildungsnetzwerke, die hier kurz vorgestellt wird:

Das Fundament: Der Kooperationsvertrag

Bekanntlich ist es strittig, ob am Anfang das Wort oder die Tat war. Bei den Regionalen Bildungsnetzwerken steht auf jeden Fall am Anfang die Kooperationsvereinbarung – und das ist Wort und Tat in einem. Diesen Kooperationsvertrag schließt das Land NRW mit dem Kreis bzw. der kreisfreien Stadt. Die Vereinbarung benennt das gemeinsame Anliegen. Darin heißt es zum Beispiel unter dem Punkt Zielsetzung:

„Die Partnerinnen und Partner streben mit dieser Kooperationsvereinbarung die Umsetzung folgender Ziele an:

- Das regionale Bildungsangebot des Bildungsstandortes dient dazu, eine bestmögliche individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, die vorhandenen Personal- und Sachressourcen optimal einzusetzen und eine horizontale und vertikale Vernetzung der Bildungspartner zu initiieren oder zu intensivieren.
- Die Schul- und Unterrichtsentwicklung an allen Schulen in der Bildungsregion wird gestärkt und ausgebaut, indem ein angemessenes Beratungs- und Unterstützungssystem auf kommunaler Ebene angeboten bzw. weiterentwickelt wird.
- Die bereits vorhandenen Kooperations- und Vernetzungsstrukturen werden auf kommunaler Ebene mit allen Bildungsakteuren systematisch ausgebaut, um den Informationsaustausch, die Planung und die Abstimmung zwischen den Bildungsbereichen und den damit verbundenen Aufgaben zu intensivieren und damit zu verbessern.“

Die Basis: Die Bildungskonferenz

Im Konzept der Regionalen Bildungsnetzwerke übernimmt die Bildungskonferenz die Funktion eines Impulsgebers. Im Idealfall bietet sie den zentralen Bildungsakteuren einer Region eine gemeinsame Plattform für den Wissenstransfer und die Entwicklung von Kooperationen und Koordination. In der Regel wird der Kreis der Teilnehmenden ebenso wie die Aufgaben in der jeweiligen Kooperationsvereinbarung festgelegt.

- Sie reichen von Absprachen und Empfehlungen zu den vereinbarten Handlungsfeldern über die Entwicklung und/oder Weiterentwicklung des Leitbildes bzw. der zentralen Ziele für die Bildungsregion bis hin zu Empfehlungen zu den Ergebnissen der Bildungsberichte.
- Auch die Zusammensetzung ist in der Kooperationsvereinbarung beschrieben. In jedem Fall sollten ihr angehören: die für die Schulen der Region verantwortlichen Mitglieder der oberen und unteren Schulaufsicht, eine Vertretung der staatlichen Kompetenzteams für Fortbildung, eine Vertretung des Fachbereichs Jugendhilfe, bis zu drei Vertretungen des Schulträgers der Stadt oder des Kreises (bei Kreisen bis zu zwei Vertretungen der Schulträger der kreisangehörigen Städte und Gemeinden), die Sprecherin bzw. der Sprecher der Schulleitung der jeweiligen Schulformen

(Grundschule, Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Sekundarschulen, Gymnasien, Berufskollegs), die Agentur für Arbeit, eine Vertretung der Handwerks- und der Industrie- und Handelskammer, der VHS, der Kommunalen Integrationszentren, der vor Ort wirkenden Religionsgemeinschaften sowie weitere Institutionen und Einrichtungen insbesondere aus dem Kultur- und Sportbereich, Gleichstellungsbeauftragte in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs sowie Vertretungen von Schulpflegschaften und der Schülerinnen und Schüler.

- Der Zusammensetzung der Bildungskonferenz sind eigentlich keine Grenzen gesetzt, solange die Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Deshalb sollten bzw. werden im Sinne einer Weiterentwicklung auch hinzugezogen werden: die Sprecherin bzw. der Sprecher von Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen, die Vertretungen von Kindertageseinrichtungen (i. d. R. die Leitung) und der Hochschulen und Fachhochschulen sowie die Vertretungen der zdi-Zentren, der Beratungsstellen und die bildungspolitischen Sprecherinnen oder Sprecher der Fraktionen.

Der gemeinsame Lenkungskreis

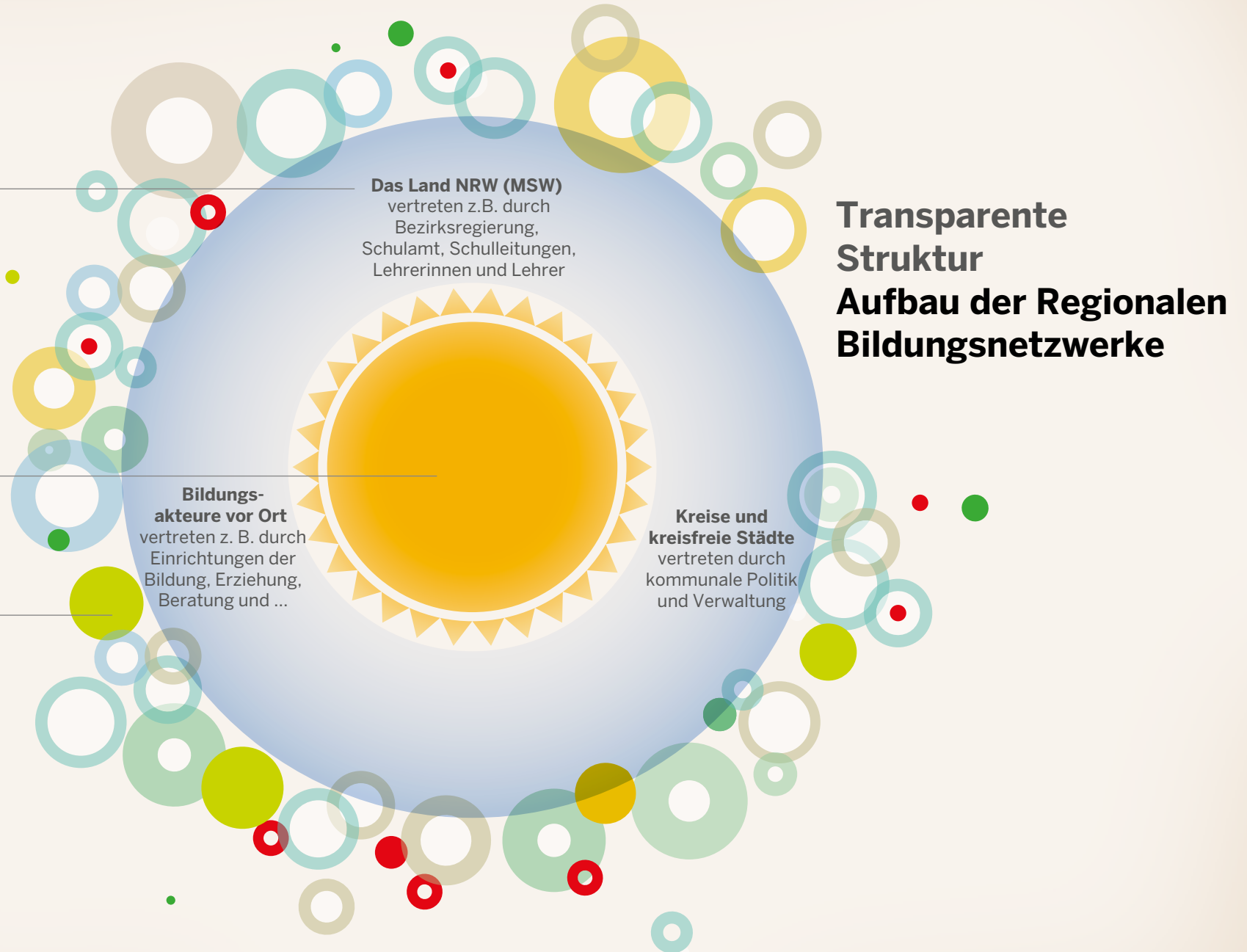
ist strategisches Steuerungsinstrument zur Ausrichtung und Koordinierung der Arbeit. Ein wichtiges Plus: die Zusammensetzung garantiert abgestimmte Entscheidungen von Land und Kommunen

Das Regionale Bildungsbüro

ist zentraler Ansprechpartner vor Ort.

Die Regionale Bildungskonferenz

tagt regelmäßig und beteiligt die Vielfalt der Bildungsakteure an der Verabredung zu gemeinsamen Handlungsfeldern, Prioritäten und Bildungszielen in der jeweiligen Region.



Das Standbein: Der Lenkungskreis

Der Lenkungskreis ist der strategische Kern der staatlich-kommunalen Zusammenarbeit. Hier werden zwischen den Vertreterinnen und Vertretern von Land und Kommunen Absprachen und Entscheidungen von strategischer Bedeutung für die Bildungsregion vorbereitet, Ziele und Arbeitsplanungen in den festgelegten Handlungsfeldern vereinbart und Arbeitsaufträge an das Regionale Bildungsbüro und weitere Netzwerkpartner zur praktischen Umsetzung formuliert.

Im Aufgabenbereich des Lenkungskreises liegen:

- die Entwicklung eines gemeinsamen Bildungs- und Qualitätsverständnisses im Austausch mit der Bildungskonferenz
- das Schnittstellenmanagement bei der Umsetzung der gemeinsam vereinbarten Kooperationsstrategien
- die Beauftragung der Geschäftsstelle (Bildungsbüro) für die operative Umsetzung
- der Austausch mit der politischen Ebene (Räte, Kreistage, Ausschüsse, Bürgermeisterkonferenzen) Controlling und Evaluation der Maßnahmen

In den Kreisen steht der Lenkungskreis in der Verantwortung, Strategien für den Aufbau von effizienten Steuerungsstrukturen zwischen Kreis und kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu entwickeln.

Entsprechend ehrgeizig ist die Zusammensetzung vorgesehen:

In den kreisfreien Städten sollten dem Lenkungsausschuss angehören: je eine Vertretung der unteren und oberen Schulaufsicht, zwei von der Stadt zu benennende Mitglieder sowie zwei von den Schulen zu benennende Schulleitungsmitglieder.

In den Kreisen sollten mindestens vertreten sein: je eine Vertretung der oberen und unteren Schulaufsicht, zwei vom Kreis benannte Mitglieder, zwei von kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Kreises benannte Mitglieder sowie drei von den Schulen zu benennende Schulleitungsmitglieder.

Das Spielbein: Das Regionale Bildungsbüro

Das Regionale Bildungsbüro steht für die Sichtbarkeit und Außenwirkung der Regionalen Bildungsnetzwerke in der tagtäglichen Arbeit.

Es ist Kernzelle, Organisationsplattform, Service-, Koordinations- und Geschäftsstelle des Regionalen Bildungsnetzwerkes in einem. Hinzu kommt oftmals noch die Aufgabe der Qualitätssicherung.

Das Regionale Bildungsbüro bereitet die Regionale Bildungskonferenz und die Sitzungen des Regionalen Lenkungskreises vor und setzt die Arbeitsaufträge um. Es ist Motor und Träger der operativen

Der Lenkungskreis ist „Chefsache“

In Ostwestfalen-Lippe (OWL) und in einigen anderen Regionen ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Die Priorität Bildungspolitik spiegelt sich bewusst auch in der „ehrgeizigen“ Zusammensetzung des Lenkungskreises wider.

Besetzung Kreise: Landrätin/Landrat, zwei bis drei Bürgermeister/-innen, evtl. Dezernent/-innen des Kreises, Abteilungsdirektor/-in Schule der Bezirksregierung, je eine Vertretung der oberen und unteren Schulaufsicht sowie bei Bedarf Gäste (temporär und auf ein Handlungsfeld bezogen) wie zum Beispiel Kammervorteiler beim Übergang Schule/Beruf.

Besetzung Kreisfreie Stadt:

Oberbürgermeister/-in, Dezernenten Schule und zum Beispiel Jugend, Abteilungsdirektor/-in Schule der Bezirksregierung, je eine Vertretung der oberen und unteren Schulaufsicht sowie bei Bedarf Gäste (siehe oben).

Netzwerkarbeit und koordiniert die unterschiedlichen Entwicklungsanstrengungen im Regionalen Bildungsnetzwerk beim Aufbau einer regionalen Bildungslandschaft. Über das Regionale Bildungsbüro werden sowohl die horizontalen Ebenen – z. B. die Schulen einer Schulform, die Schulträger, die Jugendhilfe und die Schulen – wie auch die vertikalen Ebenen vernetzt – z. B. die Kitas und die Grundschulen, die Grundschule und die weiterführenden Schulen und der Übergang in den Beruf bzw. die Hochschule.

Alle bisherigen Evaluationen und Studien belegen, dass die Regionalen Bildungsbüros effektiv arbeiten und geradezu vorbehaltlos akzeptiert werden.

Dabei sieht der Kooperationsvertrag verbindlich nur die Besetzung des Bildungsbüros durch je eine Stelle des Landes (pädagogische Mitarbeitende) und der Kommune (kommunale Mitarbeitende mit Verwaltungskennntnissen) vor. Allerdings wird das Regionale Bildungsbüro in einigen Regionen seitens der Kommune personell verstärkt. Was die Personalausstattung und die Anbindung des Regionalen Bildungsbüros an die kommunalen Verwaltungsstrukturen angeht, finden sich ganz unterschiedliche Modelle, die sich jeweils aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen, konkreten Bedingungen und Akteure herausgebildet haben.

Bildung an der richtigen Adresse Die Aufgaben Regionaler Bildungsbüros

Begleitung

- Recherche
- Analyse
- Evaluation
- Information

Service und Support

- Koordination
- Kommunikation
- Kooperation
- Konzeptentwicklung

Kontakt/ Ansprechadresse für

- Lernende
- Bildungsakteure
- (Kommunal-)Politik
- Verwaltung
- Schulaufsicht



Dritte Gretchenfrage: Was zählt beim Aufbau und der Verstetigung Regionaler Bildungsnetzwerke?

In den Regionalen Bildungsnetzwerken konnten in den vergangenen Jahren intensiv Erfahrungen gesammelt und gewonnen werden, wie die Zusammenarbeit vor Ort systematisch aufgebaut und verbessert werden kann (Vergl. Verändern, um zu verbessern, Seite 39). Dabei haben sich fünf Faktoren herauskristallisiert, die zum Erfolg entscheidend beitragen.

Gefragt: Der Blick über den Tellerrand

Soziale Milieus wie auch gesellschaftliche Strukturen und Institutionen pflegen und entwickeln ihre eigenen Welten. Jede Institution tickt anders – das ist eine Binsenweisheit. Damit sie Bildungspartnerschaften eingehen können, müssen sie die jeweils anderen Welten kennenlernen und mit ihren Möglichkeiten und Grenzen akzeptieren.

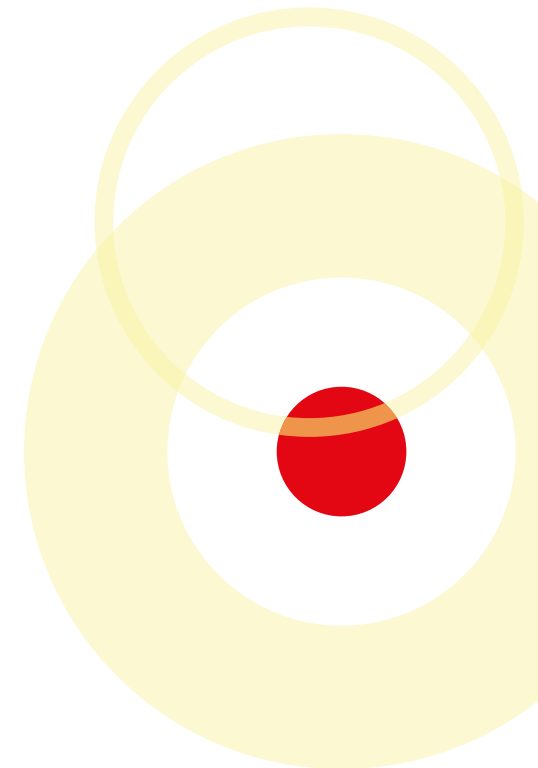
■ Formale, nonformale und informelle Bildungsbereiche werden stärker aufeinander bezogen und miteinander verzahnt. Parallel organisiertes, nach Zuständigkeiten getrenntes Handeln kann von einem Nebeneinander langfristig zu einem Miteinander führen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den jeweiligen Aufgaben können so identifiziert und neue Formen kooperationsorientierter Arbeitsweisen entwickelt werden.

■ Dieses Steuerungsverständnis betont das aufeinander angewiesen sein und konkretisiert es durch gemeinsames, koordiniertes Handeln. Dies schließt selbstverständlich Entscheidungsprozesse mit ein, in deren Verhandlungen möglichst alle relevanten Akteure aus Politik und anderen gesellschaftlichen Feldern einbezogen sein sollten.

Gefragt: Balance zwischen Freiwilligkeit und Verpflichtung

Das Regionale Bildungsnetzwerk bildet – wie andere Netzwerke auch – ein eigenes System, das sich durch Zielsetzung, Spielregeln und Strukturen von den beteiligten Institutionen unterscheidet. Es ermöglicht eine Zusammenarbeit, bei der sich die Akteure gegenseitig abstimmen und an Absprachen selbst binden, ohne dass die Selbstständigkeit der Beteiligten infrage gestellt wird. Seine Steuerung unterscheidet sich deutlich von der herkömmlicher Einrichtungen und Institutionen, denn Führung und Entscheidungen sind in stärkerem Maße horizontal verteilt.

■ Da die beteiligten Institutionen ihren spezifischen Auftrag verfolgen, erfordern Entscheidungen komplexe Rückkopplungen. Auch führt kein Weg an besonderen Anstrengungen vorbei, um sich immer wieder über die gemeinsamen Ziele zu vergewissern, sie aufzufrischen und neu zu beleben.



Transparenz – Beteiligung – Nutzen: Wie urteilen die Akteure und Partner/-innen?*



* Evaluationsumfrage 2014 in 35 Regionen, die seit 2008 bzw. 2009 ihre Arbeit aufnehmen. Vierstufige Zustimmungsskala (trifft voll zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu), hier Zustimmung („trifft voll“ bzw. „eher zu“) in Prozent. 61 % der 2748 eingeladenen Personen nahmen teil, allerdings regional sehr unterschiedlich mit Schwankungen zwischen 35 und 90 %.

Transparenz – Beteiligung – Nutzen: Wie urteilen die Bürgermeister/-innen der kreisangehörigen Städte?*



* Evaluationsumfrage 2014 in 35 Regionen, die seit 2008 bzw. 2009 ihre Arbeit aufnehmen. Vierstufige Zustimmungsskala (trifft voll zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu), hier Zustimmung („trifft voll“ bzw. „eher zu“) in Prozent. Leider nur 43 % der 114 eingeladenen Personen nahmen teil, allerdings regional sehr unterschiedlich mit Schwankungen zwischen 0 und 75 %.

Gefragt: Beziehungsarbeit und Gleichgewichtssuche

Das Netzwerk selbst entsteht erst im Prozess. Die zugrundeliegenden Vereinbarungen sind auf Gleichrangigkeit und Vertrauen ausgerichtet sowie in den Entscheidungen konsensorientiert. Diese Bedingungen sind zentral für das Gelingen, da Ziele und Strategien im Netzwerk immer doppelwertig sind: Sie enthalten einen Wert für die Beteiligten und für das Netzwerk selbst. Alle im Netzwerk vertretenen Personen könnten wie Faust aufstöhnen: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust!“ Zwar geht es hier nicht um die hellen und die dunklen Mächte – aber kraft ihres De-facto-Status einer „Doppelmitgliedschaft“ müssen sie in ihren Entscheidungen immer wieder eine Balance herstellen zwischen der Loyalität zur eigenen Institution (mit deren Prioritäten, Vereinbarungen und Positionen) und zum Netzwerk und dessen Notwendigkeiten.

■ Das ist eine Herausforderung und erfordert Respekt vor den unterschiedlichen Entscheidungsprozessen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass die beteiligten Institutionen ihren Repräsentanten ausreichend Freiräume zur Verfügung stellen, damit diese im Netzwerk überhaupt kreativ zu Werke gehen können. Die Mitglieder im Netzwerk müssen den individuellen Nutzen für „den eigenen Laden“ und die Erfordernisse des Netzwerks gleichsam im Blick haben. Dieses Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten ist Schnittstellenmanagement in Reinkultur: Aktivitäten abstimmen, Ressourcen bündeln und Doppelstrukturen vermeiden. Zugleich sind Inhalte der Kooperation klar abzugrenzen gegenüber jenen Inhalten, die weiterhin eigenständig und möglicherweise auch in Konkurrenz zu den anderen Kooperationspartnern erbracht werden. Das ist keine Hexerei, aber eine Kunst, die man erlernen und leben muss.

Entscheidungen in Kooperationen wie den Regionalen Bildungsnetzwerken sind immer gemeinschaftliche Leistungen. Deshalb sind kommunikative Arrangements und definierte Spielregeln notwendig, die explizit zum Thema gemacht, überprüft und bei Bedarf wieder angepasst werden müssen.

Gefragt: Mehraufwand für Kooperationsrendite

Ein Bildungsnetzwerk versteht sich als Verantwortungsgemeinschaft. Das aber setzt voraus, dass sich Maßnahmen und Aktivitäten der beteiligten Personen nicht nur sinnvoll ergänzen, sondern zählbare Ergebnisse erzielen, die die beteiligten Personen oder Institutionen alleine so hätten nicht erreichen können. Damit dies gelingt, müssen drei Bedingungen erfüllt sein:

1. die Bereitschaft aller Beteiligten, zu kooperieren und sich gemeinsam für ein Ziel zu engagieren
2. Strukturen, in denen sich Vorhaben partizipativ entwickeln, initiieren und effektiv sowie effizient umsetzen lassen, und
3. Inhalte, die die Kooperationen konkretisieren und die den Einsatz lohnen, also für die Zielgruppen auch spürbar wirksam werden.

Gefragt: Starke Persönlichkeiten

Auch in dieser Frage dürfen wir uns nichts vormachen: Die gegenüber herkömmlichen Organisationen geringer ausgeprägten formalen Strukturen führen zu einer hohen Personenorientierung.

■ Attraktive und erfolgreiche Netzwerke beruhen deshalb immer auch auf dem Handeln einzelner – starker und anerkannter – Persönlichkeiten: auf ihren Kompetenzen, auf ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer Vorbildwirkung sowie auf ihrer Bereitschaft, sich in Aufgaben, Gremien und Bereichen – vielleicht mehr als andere – zu engagieren.

■ Deshalb ist die Auswahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Strukturen des Regionalen Bildungsnetzwerkes keine Routineangelegenheit, sondern immer eine bewusste Wahl.

Einblick: Bildungsnetzwerke bauen Brücken

Gemeinsame Visionen trotz unterschiedlicher Perspektiven und Kompetenzen



Von der Kita in die Grundschule: Das Kind bleibt im Mittelpunkt

Kreis Herford: Kooperation zählt sich aus

Wissenschaftliche Studien haben eindeutig dargelegt, wie entscheidend die frühen Jahre von Kindern für ihre späteren Leistungen sind. Auf den Punkt gebracht: Investitionen in frühe Bildung zahlen sich aus gesellschaftlicher Sicht gleich mehrfach aus: Gerade bei kleinen Kindern ist es durch gezielte Förderung möglich, das Sozialverhalten sowie die kognitiven Fähigkeiten positiv zu entwickeln. Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien profitieren besonders. Oder: Frühe Förderung mindert die soziale Ungleichheit.

Schritt für Schritt: Das Kind bleibt im Mittelpunkt. Deshalb hoben 2005 der Kreis Herford und die Carina Stiftung das Bildungsprojekt und regionale Netzwerk Kita & Co aus der Taufe. Eingebettet in die Aktivitäten der Bildungsregion war und ist das Ziel des Projektes, die Chancen der frühkindlichen Erziehung und Bildung von Kindern bestmöglich zu nutzen und den

Fachkräften in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen auf freiwilliger Basis konkrete Qualifizierungsangebote und Kooperationsstrukturen anzubieten. Bereits in der ersten Projektphase (2005 – 2008) konnte Kita & Co wichtige Impulse setzen. Ab 2008 kamen neue Einrichtungen hinzu, sodass man von einer flächendeckenden Präsenz im ganzen Kreis Herford ausgehen kann. Mit der dritten Projektphase (ab 2012) sind Kitas und Grundschulen aus allen Städten und Gemeinden des Kreises beteiligt – insgesamt 70 Institutionen, davon 24 Grundschulen/Grundschulverbände und 46 Kitas.

Verbindliche Strukturen: Für die prosperierende Kontinuität sorgt eine vernetzte und verbindliche Struktur zwischen den beteiligten Bildungseinrichtungen, die in einem Kooperationsvertrag festgehalten ist. Die Steuerung organisieren der Kreis Herford und die Carina Stiftung in zwei Bereichen: Seit Beginn des Modellprojektes arbeiten ein Lenkungsausschuss und eine strategische Arbeitsgruppe Hand in Hand. Im für die operative Steuerung zuständigen Lenkungsausschuss arbeiten der Landrat, der Sozialdezernent, die Amts- und Projektleitung des Kreises Herford und die Carina Stiftung zusammen. Die strategische Arbeitsgruppe ist weiter gefasst und umfasst unter anderem auch die Schulaufsicht, das Bildungsbüro und die Träger der Kitas. In den Steuerungs-

gruppen fließen die Informationen über den Stand von Kita & Co zusammen, dort werden künftige Vorhaben definiert und Verbesserungen diskutiert. Die breite Beteiligung schafft eine tragfähige Grundlage, vor allem für die gemeinsamen Projekte der beteiligten Einrichtungen. Für die wissenschaftliche Begleitung formulierten die Projektträger, der Kreis Herford und die Carina Stiftung sogenannte Meilensteine, die das Vorgehen strukturieren und der Projektentwicklung Rechnung tragen.

Ein breites Angebot offeriert Kita & Co an die Fachkräfte (Fortbildungsangebote und gemeinsame Lernpartys), die Kinder (Haus der kleinen Forscher, Sprachcamps), die Eltern (Aktionen, kommunale Elternforen) und gemeinsam an Kids und Fachkräfte (Aktionsausstellung „Mathe Kings & Mathe Queens“ und „Die Kuh im Kühlschranks“).

Information und Kontakt:
c.altenbernd@kreis-herford.de
www.kita-co.de



„Wegweisend bei Kita & Co ist die freiwillige Angebotsstruktur. Kitas und Schulen entscheiden sich, ob sie diese Unterstützung wahrnehmen möchten. Die Freiwilligkeit ist uns wichtig. Denn auf die Beteiligten kommen zusätzliche Aktivitäten zu. Aber es lohnt sich, da Kita & Co ein Unterstützungsangebot ist, das es den Akteuren erleichtert, ihre Pflichtaufgaben zu bewältigen.“

Martina Soddemann,
Leiterin des Amtes
für Schule, Kultur und
Sport des Kreises Herford

Schade, dass wir nicht viel mehr Projekte und Initiativen, die Regionale Bildungsnetzwerke anstoßen und begleiten, hier vorstellen können.

Aber das würde leider den Rahmen einer Informationsbroschüre sprengen. Also muss mit einer Auswahl vorliebgenommen werden, die zum einen aufzeigt, wie „breit“ die Arbeit der Regionalen Bildungsnetzwerke aufgestellt ist, und die zum anderen praktisch belegt, wie „tief“ systematisierte, vernetzte und ganzheitliche Bildungsanstrengungen gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen und prägen können.

Für die Arbeit der Regionalen Bildungsnetzwerke gilt: Was wo und wie angepackt wird, liegt in der Hand des Regionalen Bildungsnetzwerkes vor Ort. Wie viel dann passiert, ist abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und dem Engagement der vielen beteiligten Menschen.

Stärken ausweisen und Kompetenzen ausbauen

Bochum: Mit dem Kompetenzpass den Übergang auf weiterführende Schulen gerechter gestalten

Bildungs Nachteile aufgrund der sozialen Herkunft gehören leider noch immer nicht der Vergangenheit an. Deshalb ist die Gestaltung von Übergängen im Bildungssystem eine bedeutsame Gestaltungsaufgabe für mehr soziale Gerechtigkeit. Insbesondere der Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen hat bedeutenden Einfluss auf den Lebensweg eines jeden Heranwachsenden.

Schulen im Team: Ausgehend von einem Projekt gleichen Namens arbeiten seit 2011 in Bochum vier Netzwerke aus Grundschulen und weiterführenden Schulen zusammen mit allen Grundschulleitungen daran, den Übergang für die Schülerinnen und Schüler einheitlich zu gestalten. Das Bildungsbüro Bochum war von Anfang an am Projekt beteiligt und koordinierte die Zusammenarbeit der Netzwerke „Schulen im Team“ mit dem Schul- und dem Schulverwaltungsamt.

Umfassendes Gesamtkonzept: Das Ergebnis der Projektarbeit ist ein sowohl umfassendes als auch aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept zum Übergang auf weiterführende Schulen, das zwei zentrale Ziele verfolgt: erstens den Eltern und ihren Kindern die Unsicherheiten zu nehmen, damit sie der neuen Situation sicher und gelassen begegnen. Zweitens den Lehrkräften eine Beurteilungsmöglichkeit an die Hand zu geben, die transparent ist und modernsten pädagogischen Erkenntnissen entspricht. Vier sich ergänzende Eckpunkte sind die Basis des Projektes.

1. Eckpunkt: Der Kompetenzpass (siehe unten), mit dem ab dem Schuljahr 2014/15 alle Grundschulkindern ausgestattet werden, zeigt den Schülerinnen und Schülern, was sie wissen und können. Die Netzwerkstrukturen haben den Kompetenzpass in Abstimmung mit Bezirksregierung, Schulamt, Fachaufsichten und allen betroffenen Schulleitungen erarbeitet.

2. Eckpunkt: Mit geplanten kompetenzorientierten Empfehlungen werden die Eltern zukünftig über die Kompetenzen ihrer Kinder nachvollziehbar unterrichtet. Beauftragt vom Regionalen Lenkungskreis übernahm ein Arbeitskreis die Aufgabe und die Abstimmung mit Bezirksregierung, Schulamt, Fachaufsichten, Schulleitung Grundschulen und dem Projekt „Schulen im Team“.

3. Eckpunkt: Ein Wegweiser weiterführender Schulen informiert die Eltern darüber, welche Schulen welche Kompetenzen besonders fördern. Den Wegweiser setzt das Schulverwaltungsamt zusammen mit dem dort angesiedelten Regionalen Bildungsbüro um. Er wird seit drei Jahren jährlich aktualisiert und allen Grundschulleitern der 4. Klasse ausgehändigt.

4. Eckpunkt: Den Lehrerinnen und Lehrern an den Grundschulen stehen Formblätter zur Verfügung, mit denen sie Informationen über ihr Regelwerk an die weiterführenden Schulen weitergeben. Auch das war ein Projektauftrag, den das Netzwerk umsetzte und mit dem Schulamt abstimmt. Das Vorgehen ist als feste Vereinbarung mit allen Beteiligten abgestimmt.

Arbeiten mit dem Kompetenzpass: Der Kompetenzpass selbst dokumentiert die Methoden- und Sozialkompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie deren Fähigkeiten im Bereich Arbeiten und Lernen am Ende der Klassen 2, 4 und 6. Der Pass beinhaltet sowohl die Selbsteinschätzung der Kinder als auch die Einschätzung der Lehrkräfte. Smileys – mit Krönchen, lächelnd und neutral – und ein Baustellensymbol helfen zu dokumentieren, in wie weit die jeweilige Schülerin / der jeweilige Schüler über die ausgewiesenen Kompetenzen verfügt.

Vorteil Kompetenzpass: Durch die Einteilung im Zweijahresrhythmus lassen sich Entwicklungen der Schülerinnen und Schüler unkompliziert ablesen. Das vereinfachte Erkennen von persönlichen Stärken und Schwächen ist die beste Voraussetzung für eine individuelle Förderung. Kinder und Lehrer können so schneller erkennen, wo es noch Baustellen gibt, und an deren Abbau gemeinsam arbeiten.

Kontakt und Information:
 asudek@bochum.de
www.schulen-bochum.de
www.schulen-im-team.de



„Das Feedback aller Mitwirkenden an der Netzwerkarbeit in Bochum ist durchweg positiv: Der direkte Draht zueinander wird als große Bereicherung erlebt. Transparenz und Zusammenarbeit auf Augenhöhe wird wertgeschätzt. Der Austausch auf allen Ebenen setzt neue Impulse und man lernt voneinander. Wir freuen uns gemeinsam über gute Ergebnisse und eine gelingende Gestaltung des Übergangs.“

Annette Sudek,
 Regionales Bildungsbüro
 Bochum

Zwei Säulen für ein Haus

Kreis Paderborn: Bildungs- und Integrationszentrum

„Ein Doppelhaus mit einem Eingang und einigen Durchgängen von Zimmer zu Zimmer“, so bringt es Dr. Oliver Vorndran als Leiter des Bildungs- und Integrationszentrums Paderborn auf den Punkt. Wie funktioniert diese Form von besonderer Zusammenarbeit zwischen Regionalem Bildungsnetzwerk (RBN) und dem Kommunalem Integrationszentrum (KI)? Darüber sprachen wir mit ihm.

Wie kam es zu dem Doppelhaus mit einem Eingang und durchgängigen Zimmern?

Dr. Oliver Vorndran: Wir wollten dafür sorgen, dass unsere Zielgruppen – Kitas und Schulen – von KI und Bildungsbüro ein inhaltlich abgestimmtes Angebot bekommen, zum Beispiel in der Sprachbildung. Für Landrat Manfred Müller sprach deswegen bei der Neugründung des KI viel für das Zusammengehen von KI und Bildungsbüro in einem Amt zum „Bildungs- und Integrationszentrum“ (BIZ). Auch die Kommunen des Kreises haben dies gefordert, damit keine aufwendige, parallele Steuerungsstruktur entsteht.

Wie wird die Arbeit geplant und angegangen?

Dr. Oliver Vorndran: Wir haben viele Beteiligte mit unterschiedlichen Interessen: Kitas, Schulen, Kommunen, Unternehmen, Kammern, Politik ... – die dennoch von uns ein kohärentes Arbeitsprogramm entlang der Bildungsbiografie erwarten.

Die Projektplanung wird deswegen jedes Jahr in einem „Planungszyklus“ aktualisiert. Dazu verfassen die Kolleginnen und Kollegen des BIZ Projektskizzen, die in der „Planungskonferenz“ den beratenden Gremien der Bildungs- und Integrationsregion vorgelegt werden. Die Rückmeldungen werden auf der Klausurtagung des Leitungsteams diskutiert und dann dem Schulausschuss und dem Kreistag vorgelegt. Der Kreistag fasst einen Beschluss zum Arbeitsprogramm des BIZ. Dieses aufwendige Verfahren sorgt dafür, dass die vielfältigen Interessen aufgegriffen und miteinander vereinbart werden.



Ist das Beispiel Kreis Paderborn ein Modell?

Dr. Oliver Vorndran: Möglicherweise, aber jede Region ist einzigartig und muss ihren eigenen Weg bei der Koordination und Kooperation mit anderen Bildungsinitiativen finden und erproben. In dem Sinne sind wir eine gute Variante. Wir vermeiden Doppelangebote, weil wir erstens die Angebote des BIZ aufeinander abstimmen und zweitens Transparenz herstellen: Das BIZ kennt die Angebote im Kreis Paderborn und alle Anbieter kennen die Angebote aller Anbieter. So können Angebote gemeinsam geplant, aber dann eigenverantwortlich durchgeführt werden. Die Vernetzung wird von Anfang an inhaltlich und organisatorisch mitgedacht.

Kontakt und Information:

oliver.vorndran@kreis-paderborn.de
www.kommunale-integrationszentren-nrw.de

„In der frühen Bildung werden wichtige Weichen für die Entwicklung der Kinder gestellt. Familien mit Migrationshintergrund haben ein großes Interesse an einer bestmöglichen Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wie alle Familien benötigen sie gute Informationen und verlässliche Partner, damit sie ihre Kinder möglichst gut fördern und in den Kindertageseinrichtungen mitwirken können. Die Kommunalen Integrationszentren engagieren sich in diesem Bereich mit dem Ziel, dass das Aufwachsen von Kindern mit Migrationshintergrund in NRW zukünftig noch besser gelingt. Sie sind kompetente Partner bei der Beratung und Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatoren. Sie beraten und begleiten Einrichtungen und Verwaltungen bei der interkulturellen Öffnung im Elementarbereich.“

Christiane Bainski,
 Leitung Kommunale
 Integrationszentren NRW

Junge Menschen für politische Bildung begeistern

StädteRegion Aachen:

Was geht? Das geht!

Mitbestimmen in der Schule, der Kommune und in der Gesellschaft: Eine lebendige Gesellschaft lebt davon, dass alle sich beteiligen – auch und vor allem junge Menschen. Indem sie Interesse zeigen, mitreden, Verantwortung übernehmen und eigene Handlungsmöglichkeiten erkennen und wahrnehmen, machen sie sich selbst stark. Das eröffnet Bildungschancen, baut soziales Vertrauen auf und lässt junge Menschen Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten erfahren.

Geht doch mal anders: Im Bildungsbüro stärkt ein Team aus jungen Menschen, zwei in ihrem Freiwilligen Politischen Jahr und ein studentischer Mitarbeiter, den Arbeitsschwerpunkt Jugendpartizipation in der StädteRegion Aachen: Sie bringen Jugendliche zusammen, regen die Vernetzung der Schülervertretungen an, zeigen Teilhabemöglichkeiten auf und wollen für politische Bildung und Beteiligung begeistern. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen derzeit zwei Themen: der Dialog zwischen Jugend und Politik sowie die Vernetzung der Schülervertretungen in der StädteRegion Aachen.

Was geht? Seit 2011 ist die „Werkstatt für Jugendbeteiligung und Jugendpolitik“ ein fester Bestandteil des Arbeitsschwerpunktes. Am dritten Treffen im Juli 2013 nahmen mehr als 500 Schülerinnen und Schüler aus der gesamten Region teil. Sie befragten Politiker zu Themen wie „Erklären Sie uns die Griechenlandhilfe“, „Wie sicher ist meine Zukunft in Deutschland?“ oder „Sind Politiker und Politikerinnen nicht volksnah genug?“. Außerdem standen Planspiele, politische Raps, Debatten mit Expertinnen und Experten zu Datenschutz und Extremismus auf der Tagesordnung.

Das geht: Aber aller guten Dinge sind bekanntlich drei: Deshalb ist man 2014 einen Schritt weitergegangen. Jetzt heißt es: „Das geht! Dialog zwischen Jugend und Politik“. Den Auftakt bildeten fünf von den Jugendlichen selbst organisierte Dialogveranstaltungen, an denen sich 1.000 junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren beteiligten. In fünf „Modellkommunen für Jugendpartizipation“ sollen in einem strukturierten Dialog zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern aus Politik, Institutionen und Verwaltung Ideen und Wege zur Einbindung von jungen Menschen erarbeitet werden, die anderen Städten als Vorbild dienen können.

Eigene Plattform: „Das geht!“ ist ein Beteiligungsprozess. Deshalb werden die Ergebnisse, Meinungen und Forderungen sowie Lob und Kritik über eine eigene Website erfasst und weitergeleitet. So fuhren zum Beispiel in diesem Jahr Jugendliche nach Brüssel, um der EU-Kommission bei „Das geht!“ erarbeitete Wünsche und Forderungen zu übergeben.

Breites Interesse: Das Projekt finanziert sich mit Unterstützung des EU-Programms „Jugend in Aktion“. Partner sind zum Beispiel die Aachener Stiftung Kathy Beys, die Bertelsmann Stiftung, die DGB-Jugend NRW, die regio iT GmbH sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Beide Lokalzeitungen sorgen für medienpolitische Unterstützung. Die Fachhochschule Aachen begleitet und beobachtet den Prozess aus wissenschaftlicher Perspektive.

Information und Kontakt:
 bildungsbuero@staedteregion-aachen.de
www.dasgeht.de

„Wir können Jugendliche für Politik und gesellschaftliche Beteiligung begeistern, wenn wir aufzeigen, was es bringt, selbstständig und kritisch zu urteilen, eigenverantwortlich zu handeln und seine Rechte und Pflichten im politischen und gesellschaftlichen Leben wahrzunehmen“.

Pascal Jonek,
Steffen Mingenbach
 und **Yannick Folsche**
 vom Bildungsbüro



MitSprache – Wege der durchgängigen Sprachbildung

Bottrop: Schwerpunktsetzung durch trägerübergreifenden Konsens

Viele Kinder und Jugendliche wachsen in einem Umfeld auf, das wenig Kontakt zur schriftsprachlichen Kultur bietet. Sie sind zwar in der Lage, informelle Situationen des Alltags mündlich zu bewältigen, aber in der Schule treffen sie auf einen Sprachgebrauch, der ihnen weitgehend fremd ist. Das ist ein wesentlicher Grund für den ausbleibenden Schulerfolg. Der Deutschunterricht allein kann solche Sprachbarrieren nicht abbauen. Erfolgreiches Lernen ist in allen Fächern auf bildungssprachliche Kompetenzen angewiesen. Sprachbildung ist deshalb eine Aufgabe der gesamten Schule und eines der wichtigsten Themen für die Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Früh am Ball: Das Regionale Bildungnetzwerk der Stadt Bottrop hat sich schon frühzeitig dieser Herausforderung gestellt und ist seitdem mit wachsendem Erfolg am Ball geblieben. Die durchgängige Sprachbildung stand im Mittelpunkt von drei Bildungskonferenzen.

Immer auf Ballhöhe: Mit Unterstützung der Bildungsakteure vor Ort konnte vieles auf die Schiene gesetzt werden:

- die Einrichtung einer verwaltungsinternen Steuergruppe Sprachbildung,
- die Entwicklung von „Leitlinien zur durchgängigen Sprachbildung für Familien, Kindertagesstätten, Grundschulen und Ganztagsangebote“,
- die Rahmenvereinbarung für die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschulen,
- ein Workshop für Schulleitungen mit dem Schwerpunkt Sprachliche Bildung in der Grundschule für das Fach Mathematik und Deutsch und die Teilnahme an der Bund-Länder-Initiative „BISS“ mit vier Grundschulen und sieben weiterführenden Schulen.

Starke Bank: Folgerichtig beteiligten sich an der letzten Bildungskonferenz zum Thema anders als bei vorherigen Konferenzen alle Leitungen der Kitas, Schulleitungen, Schulpflegschaften, Schülersprecher und Schülersprecherinnen, Mitglieder des Integrationsrates, des Jugendhilfe- und des Schulausschusses am gemeinsamen Meinungsaustausch.



Gut aufgestellt: Ein Schlüssel zum Erfolg ist zweifelsohne auch der Lenkungskreis, dessen Mitglieder aus verschiedenen staatlichen Ebenen kommen: untere Schulaufsicht (Schulamtsdirektor), obere Schulaufsicht (Bezirksregierung Münster), örtliche Schulleitungen und der Fachbereich Jugend und Schule.

Am Ball bleiben: Jetzt geht es darum, Sprachbildung nachhaltig in der praktischen Unterrichts- und Erziehungsarbeit der (Grund-) Schulen zu verankern. Dafür entwickelt ein Workshop von fünf Grundschullehrkräften sprachensible Unterrichtsmaterialien (Grundlage: Scaffolding). Zusätzlich wird ein Materialpool erstellt. Das „BISS-Projekt“ an vier Grund- und sieben Sekundarschulen wird durch die Anbindung an die Universität Duisburg/ Essen vorangetrieben. Flächendeckende Fortbildungsveranstaltungen mit Impulssetzung werden einmal jährlich angeboten und die Kooperation mit Schulaufsicht und Schulleitungen wird als kontinuierlicher und dynamischer Prozess fortgesetzt.

Kontakt und Information:
iris.herget-schoenfeld@bottrop.de

„Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass wir eine ausgesprochen gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Land pflegen. Ansonsten wären wir auch nicht in der Lage, nach relativ kurzen Zeiten zwar keine riesigen Erfolge, aber ein doch wirklich ordentliches und zart blühendes Pflänzchen an den Tag zu bringen. Ich hoffe, dass diese Arbeit im Lenkungskreis so erfolgreich weiterläuft, auch weil wir eine hohe personelle Kontinuität vorweisen können. Das macht Spaß und ich will hoffen, dass wir in der Lage sind, weiterhin vernünftige Ergebnisse zu produzieren.“

Paul Ketzer,
1. Beigeordneter
Stadt Bottrop,
Vorsitzender
des Lenkungskreises

Inklusionswerkstatt: Passgenaue Unterrichtsberatung

Kreis Steinfurt: Sechs Beteiligte – ein Ziel

Inklusive Bildung und Erziehung in allgemeinen Schulen wurde im Schulgesetz NRW als Regelfall verankert. Schritt für Schritt soll und wird behinderten und nicht behinderten Kindern ein gemeinsamer Unterricht ermöglicht werden. Lehrerinnen und Lehrer stehen vor neuen Herausforderungen. Unterstützung und Information sind gefragt. Im Kreis Steinfurt hat man darauf mit der Inklusionswerkstatt reagiert.

Kräfte bündeln: Die Inklusionswerkstatt ist ein regionales Kooperationsprojekt, in dem sechs Kooperationspartner die Idee tragen und die nachhaltige Umsetzung des Projektes gewährleisten: die Bezirksregierung Münster, die Schulaufsicht für den Kreis Steinfurt, die Stadt Rheine und das Regionale Bildungsnetzwerk des Kreises Steinfurt.

Meilensteine der Umsetzung waren ein gemeinsamer Arbeitskreis zur Verwendung der Mittel aus dem Inklusionsfonds mit Vertretungen der Schulaufsicht, der Förderschule, den Inklusionskoordinierenden und dem Kompetenzteam, die Gewinnung des Kooperationspartners Land und der Stadt Rheine sowie die ersten Inforeveranstaltungen für alle Schulen des Kreises.

Der Fokus der Inklusionswerkstatt liegt dabei auf der Umsetzung des inklusiven Unterrichts. Das sechsköpfige Werkstatt-Team setzt nicht auf Materialausleihe, sondern bietet individuelle Beratung zu den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung sowie die Möglichkeit zum Austausch für alle Lehrkräfte im Kreis. Die Mitarbeitenden der Inklusionswerkstatt stehen bereit, um im Austausch individuell, kurzfristig und praxisnah differenzierte Fördermöglichkeiten zu entwickeln, damit alle Schüler im Unterricht an den Inhalten arbeiten können und im Unterricht mitkommen.

Türöffner: Zusätzlich zur Beratung bietet das pädagogische Team Thementage (zum Beispiel: „Token-Systeme“, „Umgang mit Vielfalt“, „Nicht länger über Tisch und Bank“, „Differenzierung und Individualisierung in Mathematik“ bzw. „in Deutsch“, „Leistungsbewertung“) an. Um bei diesen Thementagen auch auf individuelle Wünsche und Anregungen eingehen zu können, sind Anfragen und konkrete Fragestellungen über die Homepage möglich.

Ermutigung zum Austausch: Des Weiteren bietet sich die Werkstatt als Ort an, an dem sich Lehrkräfte unterschiedlicher Schulen und auch Schulformen miteinander über ihre unterrichtlichen Erlebnisse austauschen und gemeinsam nach Ideen und Lösungen für einzelne Probleme suchen können.

Information und Kontakt:
Barbara Kammer c/o
info@inklusionswerkstatt.de
www.inklusionswerkstatt.de

„Mit dem Projekt Inklusionswerkstatt sind wir in einen kollegialen Austausch auf Augenhöhe eingetreten mit dem Ziel, Wissen, Ideen und unterschiedliche Sichtweisen zusammenzubringen und damit konkrete Anregungen und Umsetzungsbeispiele für den eigenen Unterricht zu entwickeln. Die Lehrkräfte nehmen insbesondere aus den persönlichen Gesprächen Motivation und Anerkennung für die Arbeit im gemeinsamen Unterricht mit.“

Barbara Kammer,
Pädagogische Leiterin
der Inklusionswerkstatt



Vor allem für Schulen ergibt sich in einem Regionalen Bildungsnetzwerk die Möglichkeit, schulformübergreifend miteinander zu kooperieren und miteinander zu lernen.

„Den Regionalen Bildungsnetzwerken liegt als Selbstverständnis die Übernahme der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommune zugrunde, um in der Region optimale Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Regionale Bildungsnetzwerke führen Kommunen, staatliche Schulaufsicht, Schulen und andere an Bildung, Aus- und Weiterbildung beteiligte Institutionen und Organisationen in der Region in einem gemeinsamen Netzwerk zusammen, um Bildungsbiografien ohne Brüche und das lebenslange Lernen in verschiedenen Bildungsarten zu ermöglichen.“

Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund des sich rasant vollziehenden demografischen Wandels und den damit verbundenen Herausforderungen für alle Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Vor allem für Schulen ergibt sich in einem Regionalen Bildungsnetzwerk die Möglichkeit, schulformübergreifend miteinander zu kooperieren und gemeinsam mit dem Schulträger und der Schulaufsicht enger zusammenzuarbeiten. Diese Erfahrungen können gut genutzt werden, um die Herausforderungen einer inklusiven Gesellschaft mitzugestalten.“

Wolfgang Weber,
Abteilungsleiter
Bezirksregierung Münster



Offene Ganztagsschule vom Feinsten

Gelsenkirchen: Qualitätssicherung durch Trägernetzwerk

Rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen besuchen bereits eine Ganztagsschule. Der quantitative Ausbau ist also weit vorangeschritten – aus gutem Grund: Ganztagsbetreuung sichert die Chancengleichheit der Kinder, macht Familie und Beruf besser miteinander vereinbar und entlastet Alleinerziehende. Nun rückt die Frage in den Vordergrund, was sich qualitativ verbessern lässt. Dieser Aufgabe hat sich in NRW die vom Land ins Leben gerufene Serviceagentur „Ganztägig lernen“ angenommen: Sie verbindet Beratung und Unterstützung mit der Vernetzung kommunaler Qualitätszirkel.

Hohe Qualitätsstandards: Der Ausbau der Offenen Ganztagsschule (OGS) hat in der Stadt Gelsenkirchen einen hohen Stellenwert. Entsprechend ehrgeizig sind das Herangehen und die Ziele. So haben die Schulträger, Schule und OGS-Träger eine Rahmenvereinbarung und Kooperationsverträge geschlossen, die neben dem Ganztagserlass des Landes NRW zusätzliche Regelungen und Beschreibungen der Standards in den Einrichtungen enthält.

Um die Qualitätsmerkmale zu sichern und weiterzuentwickeln, findet ein regelmäßiger Austausch zur OGS in einem eigens hierfür gegründeten „Trägernetzwerk Gelsenkirchen“ statt.

Verbindliche Struktur: Dem „Trägernetzwerk Gelsenkirchen“ gehört je eine Vertretung der beteiligten OGS-Kooperationspartner, der unteren Schulaufsicht, des Kommunalen Bildungsbüros und des Referats „Erziehung und Bildung“ des Kommunalen Integrationszentrums (KIGE) an – Gelsensport (Stadt sportbund) e.V. und die Städtische Musikschule werden themen- und anlassbezogen hinzugezogen. Verschiedene Qualitätszirkel, die in engem Kontakt zur Serviceagentur Ganzttag des Landes NRW stehen, begleiten zusätzlich diesen Weg. Über diese verbindlichen Strukturen wird sichergestellt, dass trotz vielfältiger (unterschiedlicher) pädagogischer Schwerpunkte der Schulen ein einheitlicher Rahmen für Schülerinnen und Schüler, Eltern und andere Bildungspartner besteht.

Den Wandel begleiten: Ziel ist es, dass die Schulen in Gelsenkirchen die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen konstruktiv annehmen und Schule auch von innen heraus von einer „Unterrichtsschule“ hin zu einer „Lebensschule ganzheitlicher Art“ – also Kohärenz von Erziehung, Bildung, Betreuung und individueller Förderung – entwickeln. Hinter der Zielsetzung und der Organisation des Prozesses steht dabei die Einsicht, dass die Schulen ihren originären Bildungsauftrag heute kaum mehr ohne Berücksichtigung der kommunalen und sozialen Rahmenbedingungen hinreichend erfüllen können und es deshalb der bewussten Zusammenarbeit aller Akteure bedarf.

Angebote und Merkmale: Wichtige Säulen und damit Qualitätsmerkmale der OGS in Gelsenkirchen sind die qualifizierte Betreuung durch Einsatz von festen Bezugspersonen, Lernzeiten (wie zum Beispiel Hausaufgabenbetreuung), die Teilnahme an einem gesunden und ausgewogenen Mittagessen und regelmäßige Angebote aus dem musisch-kulturellen und sportlichen Bereich. So werden die Kinder vielfältig gefördert und erhalten auch Freiräume zur eigenen spielerischen Entwicklung.

Information und Kontakt:
thomas.wondorf@gelsenkirchen.de
www.ganztaegig-lernen.de



„Uns erreichen immer noch Stimmen, die Ganztagschulen würden den Verbänden, Vereinen und der Jugendhilfe die Kinder und Jugendlichen entziehen. Genau an dieser Stelle halten wir das nordrhein-westfälische Ganztagsmodell für bestens geeignet, die außerschulischen Angebote in die Ganztagschule zu integrieren. Wobei das ausdrücklich nicht heißt, dass das unter dem Schuldach stattfinden muss, sondern für uns ist eine Ganztagschule auch der Sozialraum rund um das Schulgebäude.“

Herbert Boßhammer,
Serviceagentur
„Ganztägig lernen“

Kommunale Präventionskette

Kreis Düren: Kinderschutz in Verantwortung von Schule und Jugendhilfe

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ist ein Modellvorhaben der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung, das die Weichen für gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stellt. Seit Anfang 2012 haben sich insgesamt 18 Kommunen auf den Weg gemacht, kommunale Präventionsketten aufzubauen. Das heißt, vorhandene Kräfte und Angebote in den Städten und Gemeinden werden gebündelt und Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Soziales werden miteinander verknüpft, um Kinder und ihre Familien zu unterstützen – lückenlos von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben.

Die richtige Frage: Am Anfang stand im Kreis Düren die Frage, wie es gelingen könne, dass viele unterschiedliche Menschen, Professionen und Institutionen mit unterschiedlichen Fachsprachen und Methoden aus 15 (!) unterschiedlichen Kommunen eines großen Flächenkreises miteinander abgestimmt und in gemeinsamer Verantwortung zum Schutz aller Kinder

und Jugendlichen des Kreises handeln? Oder konkret: Wie kann trotz versäulten Denkens in einzelnen Leistungsbereichen, trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten und Arbeitsansätze ein Handlungskonzept entstehen, das an den Bedürfnissen von Familien anknüpft?

Die richtige Antwort kann in jedem Fall nicht ad hoc gegeben werden. Es braucht einen langen Atem und viel individuelle Überzeugungsarbeit durch die Mitarbeitenden des Regionalen Bildungsbüros. Priorität hat die Frage „Was braucht das Kind?“ vor der Frage „Wer bezahlt?“. So wurde vom Regionalen Bildungsnetzwerk ein mehr als zweijähriger Entwicklungsprozess in Gang gesetzt, der ausgehend vom Auftakt auf der Regionalkonferenz (2011) zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe mit wichtigen Entscheidungsträgern aus Schule und Jugendhilfe führte. Diese erarbeiteten eine Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Jugendämtern und den weiterführenden Schulen im Kreisgebiet. Die so verankerten Strukturen der Zusammenarbeit wurden dann durch gemeinsame Tagungen und Fortbildungen mit Leben gefüllt.

Die richtigen Ergebnisse: Das Frühwarnsystem für die Kinder des Kreises Düren ist u.a. dadurch wesentlich verbessert worden. Die Abläufe der Zusammenarbeit sind miteinander abgestimmt. Die Kommunikationsstrukturen Schule – Jugendhilfe sind etabliert. Auch in den Jugendämtern gibt es für jede Schule einen festen Ansprechpartner aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD). Kontinuierliche Fortbildung und Austausch zur Qualitätssicherung sowie Evaluation sind für alle selbstverständlich. Aber vor allem ist bei den Beteiligten aus beiden Arbeitsbereichen das Verständnis füreinander und die gegenseitige Wertschätzung gewachsen.

Kontakt und Information:
m.sieben@kreis-dueren.de
www.kein-kind-zuruecklassen.de



„Die Zusammenarbeit der Schulen mit der Kinder- und Jugendhilfe, den freien Trägern und dem Jugendamt in den Bildungsnetzwerken trägt wesentlich dazu bei, das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu unterstützen. Das betrifft zum Beispiel den Kinderschutz, wo durch von Jugendämtern und Schulen frühzeitig abgestimmte Verfahrenswege auch im Ernstfall schnell gemeinsam geholfen werden kann.“

Alexander Mavroudis, Fachberater für die Kooperation von Jugendhilfe und Schule beim LVR-Landesjugendamt, Köln

Vielfalt fördern durch Kooperation

Kreis Gütersloh: Regionales Bildungsbüro und Kompetenzteam Hand in Hand

Lehrkräfte stehen täglich vor der Aufgabe, Kinder und Jugendliche im Unterricht in ihrer Vielfalt zu fördern. Diese Vielfalt der Schülerinnen und Schüler ist in den vergangenen Jahren immer deutlicher in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt: Schulen sollen es schaffen, allen Kindern und Jugendlichen ein besseres Lernen mit starken Leistungen zu ermöglichen – so sollen alle Schülerinnen und Schüler ihr Potenzial besser entfalten können. Bleibt also die Frage: Wie können Lehrkräfte konstruktiv mit der Vielfalt im Klassenzimmer umgehen?

Angebot genutzt: Unter dem Motto „Vielfalt fördern“ haben sich das nordrhein-westfälische Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) und die Bertelsmann Stiftung zusammengetan, um gemeinsam die Lehrerfortbildung zu stärken. Das Kompetenzteam des Kreises (Einrichtung des Landes zur Fortbildung von Lehrkräften) und als Kooperationspartner das Regionale Bildungsbüro haben die Chance genutzt und gehören zu den Pilotregionen des Projektes.

Angebot im Überblick: In dem Projekt werden Lehrkräfte von Schulen der Sekundarstufe I - insbesondere auch Schulen des längeren gemeinsamen Lernens - durch spezielle Qualifizierungsangebote darin unterstützt, sich besser auf die zunehmend heterogene Schülerschaft einzustellen und die Schülerinnen und Schüler in ihrer individuellen Entwicklung zu fördern.

Angebot konkret: Das Angebot richtet sich nicht an einzelne Lehrkräfte, sondern an ganze Kollegien, die in Teams ein gemeinsames Konzept individueller Förderung für ihre Schule erarbeiten möchten. Vier Fortbildungsmodule bestehen jeweils aus praxisrelevantem Input, Trainingseinheiten und Reflexionen über die Weiterentwicklung des Unterrichts. Zu Beginn wird an einem pädagogischen Tag das Grundverständnis zur individuellen Förderung und zum Lernen in den Blick genommen. Dabei wird berücksichtigt, wo die Schule bzw. das Kollegium im Schulentwicklungsprozess steht. Im Verlauf der Fortbildung werden dann zunehmend fachspezifische Elemente aufgegriffen, so dass die Fachkonferenzen über die Kolleginnen und Kollegen nach und nach einbezogen werden.

Die vier Module sind:

Modul 1: Teamentwicklung im Kollegium

Modul 2: Diagnostik: Identifizierung von Potenzialen und Interessen/Evaluation

Modul 3: Didaktik 1: Lernen und Lehren – Potenziale fördern und kompetenzorientiert unterrichten

Modul 4: Didaktik 2: Lernen und Lehren – Potenziale fördern und kompetenzorientiert unterrichten

Umsetzung: Im Kreis Gütersloh werden auf der Grundlage eines gemeinsamen und ständig fortgeschriebenen Aufgabenverteilungsplanes zwischen dem Regionalen Bildungsbüro und dem Kompetenzteam die anfallenden Projektaktivitäten klar dem Bildungsbüro und/oder dem Kompetenzteam zugeordnet und für alle Beteiligten transparent bearbeitet. Gemeinsam entwickelte und moderierte Workshops und speziell für die schulischen Steuergruppen konzipierte Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen die Projektschulen bei der Umsetzung der vier Module. Gemeinsam mit der Schulaufsicht und dem Schulträger durchgeführte Schulbesuche bieten die Möglichkeit, sich regelmäßig auszutauschen und das Projekt vor Ort mit den Beteiligten zu evaluieren. Von den zehn teilnehmenden Projektschulen im Kreis Gütersloh befinden sich vier Gesamtschulen im Aufbau.

Diese Gesamtschulen werden zusätzlich von Schulentwicklungsberatern aus dem Kompetenzteam unterstützt.

Zielsetzung ist, das Konzept aus dem Projekt „Vielfalt fördern“ langfristig und nachhaltig in der Region zu verankern.

Information und Kontakt:

achim.woermann@gt-net.de

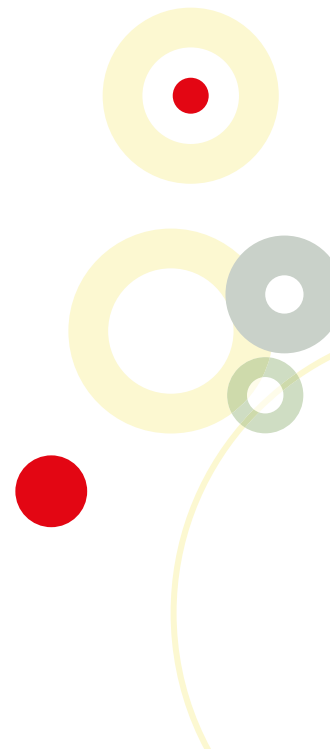
KT-Kontaktadresse:

birgit.amhoff@kt.nrw.de

www.vielfalt-fördern.nrw.de

„Heterogenität ist Normalität. Heute hat bereits jedes dritte Grundschulkind einen Migrationshintergrund. Die Vielfalt der kulturellen und sozialen Hintergründe, der Begabungen, aber auch der unterschiedlichen Lernausgangslagen stellen zusätzliche Anforderungen an Schule und Unterricht. Unserem Schulsystem gelingt es bislang nicht, der zunehmend heterogenen Schülerschaft faire Bildungschancen zu bieten: In Deutschland hängt der Bildungserfolg wie in kaum einem anderen Land von der Herkunft ab. Die Bertelsmann Stiftung setzt sich aus diesem Grunde ganz bewusst für die Stärkung des staatlichen Bildungssystems ein, um allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihrem sozioökonomischen oder kulturellen Hintergrund – gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“

Ulrich Kober,
Bertelsmann Stiftung





Regionale Bildungsnetzwerke erfordern die Zusammenarbeit auf und zwischen allen Ebenen der Schulaufsicht und erzeugen so mehr Wirkung.

„Schulen sind keine Inseln sondern kooperieren in vielfältiger Weise mit verschiedensten, für ihre Arbeit bedeutsamen Partnern. Häufig ist es für alle Beteiligten sinnvoll diese Kooperationswünsche regional zu bündeln, notwendige Klärung unter allen Beteiligten herbeizuführen und verbindlich zu vereinbaren. Das ist eine der Kernaufgaben der Regionalen Bildungsnetzwerke. Für diese Kernaufgabe benötigen die Regionalen Bildungsbüros und die Regionalen Lenkungsorgane Unterstützung auf und zwischen allen Ebenen.

Eine der Gelingensbedingungen für eine systematische Weiterentwicklung möglichst aller interessierten Schulen in einer Region ist die Organisation und Bereitstellung von schulübergreifender Fortbildung. Das kann nur gelingen, wenn Regionale Bildungsbüros und Kompetenzteams gut und arbeitsteilig miteinander arbeiten. Auch hier gilt: Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Deswegen ist es wichtig, dass auch weiterhin die Verantwortlichen für die Lehrerfortbildung, für Schulentwicklungsberatung und für die Regionalen Bildungsnetzwerke in den Bezirksregierungen und im Ministerium miteinander arbeiten und so ihrerseits die Prozesse vor Ort kohärent zu unterstützen.

Michael Uhlig,
Abteilungsleiter Bezirksregierung Detmold

Win-win-Situation mit MINT

Rheinisch-Bergischer Kreis: Keine Berührungspunkte mit Unternehmen und außerschulischen Lernorten

Der Mangel an Nachwuchs in den sogenannten MINT-Qualifikationen – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – ist bekannt. Der Engpass an naturwissenschaftlich-technisch qualifizierten Fachkräften ist ein strukturelles Problem, das es auch in dem durch mittelständische Unternehmen geprägten Rheinisch-Bergischen Kreis zu überwinden gilt. Es gilt also, alle Talentquellen auszuschöpfen, Bildungsbarrieren konsequent abzubauen und Kinder und Jugendliche für die Naturwissenschaften zu begeistern. Als Erfolg versprechender Weg hat sich dabei herausgestellt, wenn durch das Regionale Bildungsnetzwerk Schulen, außerschulische Lernorte und Unternehmen zusammengebracht werden, um interessierte Kinder und Jugendliche zu fördern – und so eine klassische Win-win-Situation entsteht.

Der erste Schritt: Die Regionale Bildungskonferenz empfahl bereits 2010, die Förderung von MINT-Kompetenzen durch eine Vernetzung relevanter Partnerinnen und Partner zu intensivieren.

Verantwortungsgemeinschaft konkret:

Es erfolgte die Ausarbeitung der Idee durch die Geschäftsstelle des Regionalen Bildungsnetzwerks. Dabei prägte der Lenkungsorgan des Bildungsnetzwerkes maßgeblich die Projektentwicklung und somit die Ausrichtung und den Aufbau des sogenannten „MINT-Netzwerk Rhein-Berg“. Im Kernteam für die Projektentwicklung wirkten der Kreisdirektor Dr. Erik Werdel und je eine Vertretung der unteren Schulaufsicht und der Wirtschaftsförderung mit.

Handfestes Ergebnis: So konnte im Juni 2012 die Gründung eines zdi-Zentrums MINT-Netzwerk Rhein-Berg (Zukunft durch Innovation, Initiative des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung) auf die Beine gestellt werden. Auf freiwilliger Basis sind daran insgesamt 21 weiterführende Schulen, acht Unternehmen sowie fünf außerschulische Lernorte, die IHK, die Kreishandwerkerschaft und die Agentur für Arbeit beteiligt. Eine Ideenwerkstatt mit Schulen und Unternehmen erarbeitete nach der Gründung konkrete Fördermaßnahmen, die seither umgesetzt werden.

Herausforderung bestanden: Die Vernetzung von Partnern aus unterschiedlichen Welten ist stets eine besondere Herausforderung. Hier wurde sie gemeistert, weil die



Februar 2014 – MINT-Netzwerk in der Welt des Kunststoffs:

„Das Experimentieren war voll cool“, zogen Christian, Marcel, Felix und Gian-Luca aus der 7. Jahrgangsstufe des Overather Paul-Klee-Gymnasiums ein positives Fazit ihres Besuchs beim ortsansässigen Kunststoff-Unternehmen BARLOG plastics. Die Schüler begeisterte besonders, dass sie an richtigen Maschinen arbeiten durften, den gesamten Produktionszyklus miterlebten und am Ende ein selbst hergestelltes Produkt mit nach Hause nehmen konnten. „Das war heute ein toller Einblick in das Unternehmen“, waren sich die Jugendlichen nach ihrem Ausflug in die Welt des Kunststoffs einig. Werner Barlog, Gründer des Unternehmens, freute sich über das Interesse der Jugendlichen: „Das ist für uns eine tolle Gelegenheit, über die Vielfältigkeit und Bedeutung des Werkstoffes Kunststoff zu informieren. Und gleichzeitig stellen wir ein interessantes Berufsfeld mit Zukunftsperspektive vor.“ Entwickelt wurde dieser Praxistag in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bergisch Gladbacher Albertus-Magnus-Gymnasium, das den Theorieteil beisteuerte, und BARLOG plastics, die für den praktischen Teil verantwortlich zeichneten.“

Auszüge Pressemitteilung, Rheinisch-Bergischer Kreis

Bereitschaft zur Vernetzung bei allen vorhanden war. Die Netzwerkpartner erleben das Bildungsnetzwerk wiederholt als Ort, an dem man durch gezielte Kooperation einen gegenseitigen Gewinn erzielen kann. Das Regionale Bildungsbüro bewährt sich in seiner Rolle als Impulsgeber, Mittler und Kümmerer.

Konkrete Wirkung: Unternehmen, außerschulische Lernorte und Schulen entwickeln und gestalten jetzt gemeinsam in der Region Angebote zur Förderung von MINT-Kompetenzen. Seit Juni 2012 konnten mit dieser Zusammenarbeit 1.200 Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Das schulische Angebot wird um praktische Elemente ergänzt bzw. vorhandenes Wissen in speziellen Angeboten vertieft. Schülerinnen und Schülern wird die Möglichkeit einer vertiefenden Berufsorientierung geboten. Sie befassen sich mit herausfordernden Projekten, die im Schulalltag sonst keinen Platz finden. Die Unternehmen intensivieren ihre Kontakte zu Schulen. Mittlerweile konnte ein ortsansässiges Unternehmen über das Engagement in der MINT-Förderung einen Auszubildenden für ein Duales Studium gewinnen. Und das wird nicht der/die Letzte sein.

Kontakt und Information:

Sandra Haske c/o
bildungsnetzwerk@rbk-online.de

Die Attraktivität der Dualen Ausbildung vermitteln

Mülheim an der Ruhr: Kommunale Koordinierung des Übergangs Schule – Beruf/Studium

Kein Abschluss ohne Anschluss – so das Motto und gleichzeitig die zentrale Forderung der nordrhein-westfälischen Landesinitiative, die erreichen möchte, dass niemand die Schule ohne eine klare berufliche Ausbildungsperspektive verlässt. Im Zentrum des Konzeptes steht eine Reform der Berufs- und Studienorientierung: Sie sieht vor, dass flächendeckend alle Schülerinnen und Schüler ab der 8. Jahrgangsstufe eine standardisierte und systematische Berufs- und Studienorientierung durchlaufen. Am Ende steht eine Anschlussvereinbarung, die einen durch Beratung aller beteiligten Akteure (z. B. Lehrkräfte, Träger, Berufsberatung, Übergangsbegleitung) mit Schülerin und Schüler sowie Eltern vereinbarten Anschluss empfiehlt.

Referenzkommune: Mülheim ist als eine der sieben ersten Kommunen in NRW ausgewählt, als „Referenzkommune“ den im Umsetzungspapier aufgeführten Prozess der kommunalen Koordinierung umzusetzen. Das Bildungsbüro ist damit beauftragt und arbeitet eng mit dem U25-Haus der Sozialagentur zusammen. Gemeinsam planen und bearbeiten sie die Aktivitäten, die schrittweise hin zu einer Präventionskette weiterentwickelt werden. Ziel ist eine neue kommunale Koordinationsstruktur, die den Anforderungen des Ausbildungskonsenses (Zusammenschluss von Landesregierung, Organisationen der Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und die Kommunen) von 2011 entspricht.

Klare Struktur und Aufgaben: Initiiert, aktiv begleitet und unterstützt wird der Prozess der Umsetzung dieses neuen Übergangssystems durch die Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Beruf: Sie führt die relevanten regionalen Akteure zusammen, organisiert den Austausch, unterstützt die Zusammenarbeit und stößt Entwicklungsprozesse an. Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit des Bildungsbüros liegt dabei auf den Themen schulische Studien- und Berufsorientierung sowie Berufsfindung, Berufswegeplanung und Übergangcoaching, Förderung benachteiligter Jugendlicher, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem

Förderbedarf und Schulabsentismus. Mit Koordinierung und Projektarbeit werden alle Schulen in Mülheim erreicht.

Übergangsreport: Eine jährliche Befragung aller weiterführenden Schulen zur Anschlussperspektive wird seit 2007 ausgewertet, analysiert und in einem Übergangsreport schwerpunktmäßig vorgestellt. Aus den Ergebnissen werden neue Aufgaben abgeleitet.

Vorreiterrolle: Besonders stolz ist das Regionales Bildungsbüro auch darauf, dass durch die systematische Arbeit z. B. in den Hauptschulen die Übergangsquote zur Ausbildung inzwischen bei 43 % liegt. Das liegt auch an dem pragmatischen Vorgehen, gemeinsam mit der Jugendhilfe und dem Jobcenter – jenseits des Projektprogramms – passgenaue Angebote (Übergangsbegleitung, kooperative Ausbildung mit sozialpädagogischer Begleitung, intensivbetreute Werkstattplätze) anzubieten.

Information und Kontakt:

brita.russack@muelheim-ruhr.de
www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de



„Das Projekt bietet auch die Chance, bestehende Angebote des Übergangssystems – berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Bildungsgänge der Berufskollegs und ergänzende Ausbildungsangebote – zu systematisieren, Transparenz über die Angebote zu schaffen und durch Reduzierung der Angebote Doppelstrukturen abzubauen. Vorrangiges Ziel bleibt die Vermittlung gut orientierter Schülerinnen und Schüler in betriebliche Ausbildung. Das Bewusstsein über die Attraktivität der dualen Ausbildung soll damit nicht zuletzt in Zeiten des Fachkräftemangels zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beitragen, da die Jugendlichen orientierter und damit schneller und gezielter eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen und abschließen können und dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte zur Verfügung stehen.“

Brita Russack,
Regionales Bildungsbüro



Schulaufsicht hat das große Interesse, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft, ihr Leben erfolgreich gestalten. Eine gute Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und den Akteuren des Ausbildungskonsenses gehören unabdingbar dazu.

„Die großen Landesprogramme im Bildungsbereich, wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“, haben das ambitionierte Ziel, kein Kind zurückzulassen. In der Fläche des Landes wirksam zu werden kann nur gelingen, wenn alle Schulen erreicht werden – in allen Regionen.“

Die Regionalen Bildungsnetzwerke bieten die Chance, dass alle Vertreterinnen und Vertreter der Schulaufsicht aus einer Region zusammenarbeiten und schulformübergreifend abgestimmt und arbeitsteilig arbeiten. Das klingt selbstverständlich, ist aber neu. Durch die Arbeit in den Regionalen Bildungsnetzwerken können die vorhandenen Kooperationsstrukturen genutzt und unterstützt werden. Ob Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, dem Handwerk, der Wirtschaft, den Universitäten – die Vielfalt der schulaufsichtlichen Netzwerke gilt es im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu nutzen.“

Thomas Hartmann,
Abteilungsleiter
Bezirksregierung Düsseldorf

Kulturelle Bildung fördert kulturelle Teilhabe

Düsseldorf: Hier ist Musik drin

Heute wissen wir, dass eine aktive, eigenständige, selbstbestimmte Auseinandersetzung mit künstlerisch-kreativen Tätigkeiten und das eigene kreative Handeln einen wesentlichen Beitrag zu einer positiven Selbst- und Welterfahrung leisten. Ästhetische Erlebnisse fördern Wahrnehmungs- und Ausdrucksfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Reflexionsfähigkeit und Kreativität. Sie beeinflussen die kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Oder kurz: Kulturelle Bildung ist unverzichtbar.

Tradition verpflichtet: Ganzheitliche Bildung hat in der Landeshauptstadt Tradition. Drei Bildungsoffensiven (2000 bis 2003) legten den Grundstein für die Vernetzung und ressortübergreifende Zusammenarbeit der Fachbereiche Jugend, Kultur und Schule. Daraus ist eine enge Zusammenarbeit vieler Teilnehmender der Bildungskonferenz in unterschiedlichen Kontexten entstanden. Die systematische Zusammenarbeit mit Schulen und Bildungseinrichtungen zur Förderung kultureller Bildung ist Programm. So stand die

kulturelle Bildung 2012 im Mittelpunkt der 3. Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Geteilte Verantwortung: Inhalt und Qualität der kulturellen Bildung verantworten gemeinsam die Düsseldorfer Kultureinrichtungen, Kunstschaffende und das Kulturamt, das die zentrale Schnittstellen- und Steuerungsfunktion innehat. Gemeinsam mit Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Kitas planen und gestalten sie kulturelle Bildungsprogramme und -angebote. Im Mittelpunkt steht stets die individuelle Förderung ohne Leistungs- und Zensuredruck.

Gelebte Integration: Kulturelle Bildung ermöglicht einerseits kulturelle Teilhabe und ist andererseits immer auch interkulturelle Bildung. Denn künstlerische und kreative Prozesse schließen niemanden aus, ermöglichen neue Einsichten und Erkenntnisse und fördern Verständigung und Verständnis.

Fazit: Die in der Vergangenheit nur punktuell durchgeführten Projekte werden heute zunehmend durch die in den Bildungssystemen verankerten kulturellen Bildungsprogramme ersetzt, die in einer kontinuierlichen Zusammenarbeit von Schulen, insbesondere den Offenen Ganztagschulen, und mehr und mehr auch im Elementarbereich angeboten werden.

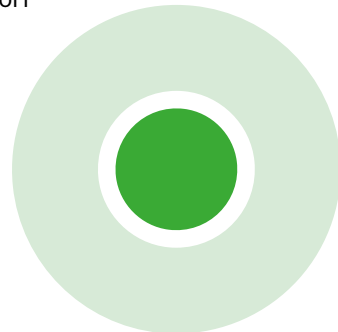
Informationen und Kontakt:

rolf.kessler@duesseldorf.de

„Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des individuellen kreativen Handelns und umfassende Beteiligung sind kennzeichnend für den kulturellen Bildungs- und Vermittlungskontext, in dem es darum geht, einen Zugang zu den Inhalten von Kunst und Kultur und dadurch kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Neben dem individuellen, persönlichen Gewinn gelingt wie selbstverständlich etwas, das auch gesellschaftlich gewünscht ist: Demokratisierung von Bildung.“

Rolf Kessler,

pädagogischer Mitarbeiter
im Regionales Bildungsbüro
Düsseldorf



„Kulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe: Sie unterstützt die Bildungsbüros bei der Umsetzung ihrer Themenfelder, z. B. Übergänge zu gestalten, Inklusion lebendig zu machen oder Sprachbildung kreativ zu entwickeln. Die Arbeitsstelle ‚Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW‘ informiert Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit und Bildungsnetzwerke über Möglichkeiten der langfristigen Erweiterung ihres kulturellen Bildungsangebots und berät bei der Zusammenarbeit und nachhaltigen Vernetzung mit Kooperationspartnern aus Kunst und Kultur. Also ein-klicken: <http://www.kulturellebildung-nrw.de>.“

Brigitte Schorn,

Arbeitsstelle Kulturelle
Bildung in Schule
und Jugendarbeit NRW



Die zweite (Bildungs-)Chance

Dortmund: Zeitgewinn durch Kooperation von Schule und Weiterbildung

Wir können getrost davon ausgehen, dass der „Zweiten (Bildungs-)Chance“ – in einem umfassenden Sinne verstanden – in Zukunft eine wachsende Bedeutung zukommt. In unserer Gesellschaft sind Bildungsbiografien brüchig geworden. Die Idee einer geradlinigen Abfolge verschiedener Schritte und Phasen bildet nicht (mehr) die Wirklichkeit ab. Ausstiege aus und Unterbrechungen von Bildungsgängen kommen oft vor. Deshalb hat das Regionale Bildungsbüro Stadt Dortmund gemeinsam mit verantwortlichen Partnern das Projekt ZEITGEWINN ins Leben gerufen. Ziel war und ist es, gemeinsam alles zu tun, damit Kinder und Jugendliche den Übergang von der Schule in eine Ausbildung, in ein Studium oder in die Arbeitswelt schaffen, ohne dass sie wegen ihres Geschlechts, ihrer sozialen Lage oder ihrer Herkunft benachteiligt werden. Was diese Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den verschiedenen Einrichtungen für den Einzelnen bewirken kann, schildert uns Dieter Röhrig, Schulleiter des Westfalenkollegs:



Joe Jemisi kam mit elf Jahren als Sohn einer politisch verfolgten Familie aus dem Kongo nach Deutschland. Schon als Kind war es sein Traum, Lehrer zu werden. Er verließ die Realschule erfolgreich mit dem Qualifikationsvermerk. Es folgte der Abschluss des schulischen Teils der Fachhochschulreife an einem Gymnasium. Danach stellte sich für Joe die Frage: „Wie soll es weitergehen? Eine Berufsausbildung? Ein gelenktes Praktikum? Weiter zur Schule gehen?“

Warteschleife: Die Suche nach einer Ausbildungsstelle zeigte sich schwieriger als gedacht. „Als Afrikaner hat man es auf jeden Fall schwer, denn wegen der Hautfarbe sieht man gleich, dass ich Ausländer bin“, war eine nachhaltige Erkenntnis. Die Zeit der Ausbildungssuche überbrückte er mit einem Job als Callcenteragent. Nach mehreren erfolglosen Versuchen wandte sich Joe an das Berufsinformationszentrum Dortmund – und damit geriet der „Werdegang“ Joes in den Fokus des Bildungsnetzwerkes ZEITGEWINN.

Erste Chance: Nach einem einschlägigen Praktikum absolvierte Joe mit Erfolg eine zeitlich verkürzte Lehre zum Lagerlogistiker und arbeitete ein Jahr in seinem Beruf. Als mehrere Filialen seiner Firma geschlossen und zusammengelegt wurden, wurde Joe gekündigt und er stand erneut vor der Frage: „Wie soll es weitergehen?“. Die Koordinierungsstelle Zweite Chance in Dortmund (im Rahmen des Projekts ZEITGEWINN) machte ihn auf das Westfalen-Kolleg aufmerksam und Joe beschloss, das Abitur an diesem Weiterbildungskolleg nachzuholen.

Zweite Chance: Nach zwei Jahren erreichte Joe Jemisi sein Ziel mit einem Notendurchschnitt von 1,9. Joe sagt, dass ihm die Vielfalt des schulischen Angebots neue Horizonte eröffnet und ihn besonders die unterschiedlichen Menschen am Kolleg und die Hilfe untereinander geprägt habe. Jetzt, mit bestandenerem Abitur in der Tasche, kann er auch die Verwirklichung seines Kindheitstraums angehen.

Kontakt und Information:

Manfred Hagedorn c/o rbb@stadtdo.de
www.die-weiterbildung-in-nrw.de

ZEITGEWINN für Dortmund

Ein gewachsenes Netzwerk

Koordiniert wird die Arbeit durch den Beirat „Regionales Übergangsmanagement Schule – Arbeitswelt“. Beteiligt daran sind: die Dezernentin für Schule, Jugend und Familie, der Fachbereich Schule (Schulamts und Schulverwaltungsamt), die Agentur für Arbeit, das JobCenter, die Industrie und Handelskammer zu Dortmund, die Handwerkskammer, die Kreishandwerkerschaft, der Unternehmensverband für Dortmund und Umgebung, der Einzelhandelsverband, das Technologiezentrum, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Integrationsrat, das Amt für Wirtschaftsförderung, das Jugendamt, die Volkshochschule, das Diakonische Werk Dortmund und Lünen als Vertreter der Wohlfahrtsverbände, die Sprecher/-innen der Schulen (Haupt-, Real-, Förder-, Gesamtschulen / Sekundarschule, Gymnasien und Berufskollegs), die Technische Universität Dortmund, die Fachhochschule Dortmund. Die Geschäftsführung liegt beim Regionalem Bildungsbüro.

„Klein anfangen. Groß rauskommen. Unter diesem Motto will die gemeinwohlorientierte Weiterbildung in NRW Menschen aller Generationen zur aktiven Gestaltung ihrer persönlichen Bildungsbiografien ermutigen. Wir freuen uns darauf, die Regionalen Bildungsbüros durch kompetente Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu unterstützen, und bieten uns als strategischer Partner an – auch bei der Planung eigener Fortbildungsmaßnahmen. Also gemeinsam für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in NRW.“

Doris Sandbrink,

Sprecherin des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen



Ausblick: Verändern, um zu verbessern

Acht Felder, die wir besser bestellen wollen



Evaluation schreibt das Programm Regionales Bildungsnetzwerk groß. Die Kooperationsvereinbarungen sehen das ausdrücklich vor. Die erste Evaluation wurde 2013 in 18 Regionalen Bildungsnetzwerken durchgeführt, die auf eine mindestens fünfjährige Erfahrung zurückblicken konnten. 2014 führten weitere 16 Regionale Bildungsnetzwerke ihre Evaluation durch. Die Lenkungskreise prüften: Welche Stärken wollen wir beibehalten – welche Weiterentwicklungsoptionen wollen wir verfolgen? Prof. em. Dr. Hans-Günter Rolff analysierte die vorliegenden Evaluationsberichte und identifizierte Trends der Weiterentwicklung.

Acht Felder, in denen sich die Regionalen Bildungsnetzwerke weiterentwickeln wollen, sind in diesem Kapitel zusammengefasst. Hinweise, wie diese Ideen umgesetzt werden können, sind aus den Evaluationsberichten (anonymisiert) entnommen worden.

1. Feld: Die ganze Bildungsbiografie in den Blick nehmen

Zusammenarbeit muss wachsen – mit den richtigen Zielen, Partnerinnen und Partnern. Die Ausrichtung auf die lebenslange Bildungsbiografie von der (vor-)schulischen Erziehung, Bildung und Beratung bis zur Seniorenbildung bietet sich da als Königsweg an – sowohl als inhaltliches Leitbild wie auch als organisatorischer Bezugsrahmen für die erforderliche Koordination und Kooperation.

Fazit: Es gilt also, Jugendlichen und Jugendämtern eine ebenso stärkere Mitwirkung zu verschaffen wie auch Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Es geht hier um die Ausweitung des Blicks von der Entwicklung einer Schullandschaft hin zu einer Bildungslandschaft. Es geht um die Einbeziehung weiterer Akteure – vor allem Kitas, Jugendhilfe und Weiterbildung – aus dem kommunalen und staatlichen, aber auch zivilgesellschaftlichen Raum. Dabei sollte die Schule auch zukünftig im Fokus stehen.

So wird's was

Handlungsfelder: „Handlungsfelder sind klar definiert in der Bildungskonferenz abgestimmt und im Lenkungskreis festgelegt. Die konsequent verfolgte Umsetzung findet – unter bildungsbiografischer Sichtweise auf Kinder und Jugendliche bezogen – in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren statt. Regelmäßige und anlassbezogene Rückmeldung in die Bildungskonferenz und den Lenkungskreis ist selbstverständlich. Über den Internetauftritt und den Newsletter werden die Aktivitäten in der Netzwerklandschaft umfassend dargestellt.“

2. Feld: Koordination und Kooperation optimieren und ausweiten

Keine Frage: Entscheidend für den Erfolg der Arbeit der Regionalen Bildungsnetzwerke ist die Verknüpfung mit anderen bildungspolitischen Programmen, Entwicklungen und Initiativen. Viele Lenkungskreise sehen hier noch Handlungsbedarf, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien auszuschöpfen.

Die Basis hierfür ist vorhanden. Die Gremien zur Kooperation und Koordination sind im Kern der Regionalen Bildungsnetzwerke angelegt – die Bildungskonferenz und der Lenkungskreis mit dem Bildungsbüro. Sie mit anderen Initiativen zu verknüpfen und weiterzuentwickeln, ist im besten Sinne eine Daueraufgabe.

Fazit: Mehr Abstimmung tut Not, insbesondere im Hinblick auf die großen Programme im Bildungsbereich. Sie sollten immer in einer klar definierten Beziehung zum Regionalen Bildungsbüro stehen. Abstimmung im Vorfeld ist unerlässlich, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Ein guter Weg ist es, wenn alle Programme, die mit der Kommune im Bildungsbereich vereinbart werden, mit dem Lenkungskreis des Regionalen Bildungsnetzwerkes abgestimmt werden. In jedem Fall führt kein Weg an einer Optimierung des komplexer werdenden Schnittstellenmanagements vorbei.



Zukunftsfest bleiben die Regionalen Bildungsnetzwerke, wenn sie sich immer wieder neu an die Bedürfnisse von und Anforderungen an Kindern und Jugendlichen ausrichten.

„Dass Schulen Spiegel der Gesellschaft sind, sehen wir in diesen Tagen besonders eindrücklich durch die zunehmende Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die allein oder mit ihren Familien neu in Deutschland ankommen und vielfältige Formen der Unterstützung bedürfen. Schulen öffnen sich zum Sozialraum, in den Stadtteil, in die Kommunen und für außerschulische Partner, auch aus der Zivilgesellschaft und benötigen neue Formen der Unterstützung.

Schulaufsicht steht inmitten dieser Veränderungsprozesse. Sie muss einerseits Sorge dafür tragen, dass gezielte Unterstützungsmaßnahmen schulscharf greifen, andererseits dabei helfen, dass neu aufgesetzte Landesmaßnahmen, wie zum Beispiel die Kommunalen Integrationszentren mit ihren Potentialen – auch in der Elternarbeit – generell in der Region genutzt werden können. Gemeinsam mit den Akteuren aus den anderen Landesprogrammen und den Regionalen Bildungsnetzwerken gilt es vorhandenes Know-how und Potential zu nutzen und die jeweils eigene Rolle an die veränderten Rahmenbedingungen und neuen Ziele anzupassen.

Die Bezirkskoordinatorinnen und -koordinatoren leisten hierfür einen großen Mehrwert, indem sie die gemeinsame Entwicklung von Konzepten und Empfehlungen für die Kooperation erarbeiten und regionalspezifische Balancen der Verantwortung vereinbaren.“

Susanne Blasberg-Bense,
Abteilungsleiterin Bezirksregierung Arnsberg

So wird's was

Verknüpfungen: „Die Verknüpfung zwischen den Aktivitäten des Regionale Bildungsnetzwerke und der Bundes-/Landesprogramme ist in aller Regel durch eine frühzeitige Abstimmung in den Gremien gegeben. Auch durch bewusst gesetzte personelle Überschneidungen findet auf der Arbeitsebene eine systematische Kooperation mit den Einheiten statt, die durch das Land bzw. mit dem Land auf Kreisebene eingerichtet wurden (z. B. Kompetenzteam, Medienzentrum, Regionale Schulberatung, Koordinatoren Inklusion). Die Bezirksregierung stellt sicher, dass Informationen gebündelt weitergeleitet werden, und organisiert die als sehr positiv wahrgenommene Zusammenarbeit der Bildungsbüros.“

Kooperationen: „Seit 2013 gibt es einen unterschiedlichen Entwicklungsschwerpunkten übergeordneten Lenkungsreis unter der Leitung des Oberbürgermeisters. Die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, den Inklusionsbeauftragten, der Schulaufsicht, dem Kompetenzteam, der regionalen Schulberatungsstelle usw. ist gewährleistet und auch durch die teilweise personelle Verknüpfung sichergestellt. Die Kommunale Koordinierung wird in das RBB integriert.“

Systematik: „Die systematischen Vorgehensweisen des Bildungsbüros werden als positiv eingeschätzt. Im Bildungsbüro wird erkennbar mehr in Verantwortlichkeiten als in Zuständigkeiten gedacht. Die Zusammenarbeit zwischen unterer Aufsicht und Bildungsbüro wird als sehr unkompliziert wahrgenommen.“

3. Feld: Die Schulentwicklungsplanung unterstützen

Die Unterstützung der Kommunen in Sachen Schulentwicklungsplanung ist bis heute nur in sehr wenigen Regionen eine Aufgabe des Regionalen Bildungsbüros. Einige Lenkungsreis denken darüber nach, wie die Kenntnisse der Regionalen Bildungsnetzwerke einbezogen werden können. Und wie die Schulentwicklungsplanung mit dem Bildungsmonitoring verbunden werden kann.

Fazit: Schulentwicklungsplanung ist Aufgabe der Schulträger. In den Regionalen Bildungsnetzwerken muss geklärt werden, ob und inwieweit die Regionalen Bildungsbüros einbezogen werden. Die Regionalen Bildungsbüros könnten so der Schulentwicklungsplanung hilfreich als Prozessbegleiter und Unterstützer zur Seite stehen und zudem die inhaltliche Seite von Schulentwicklungsplanung stärker einbringen. So könnte eine neue Qualität von kohärenter Schulentwicklungsplanung entstehen.

4. Feld: Näher ran an die kommunale Politik

Hand aufs Herz: Die Bildungspolitik ist in Kommunalpolitik zu wenig einbezogen und die Kommunalpolitik ist über die Arbeit der Regionalen Bildungsnetzwerke oftmals zu wenig informiert. Viele Aktive bedauern das geringe Interesse von Kommunalpolitikerinnen und -politikern an den bildungspolitischen Themen in ihrer Region. In den Kreisen hat diese Problemlage noch eine spezielle Gestalt: Viele kreisangehörige Kommunen finden sich nicht ausreichend in den Gremien und Handlungsfeldern der Regionalen Bildungsnetzwerke berücksichtigt.

Fazit: Die Ergebnisse der Akteursbefragung im Rahmen der Evaluation zeigen, dass die Regionalen Bildungsnetzwerke dort, wo kommunale Politik beteiligt ist, als ein geeigneter Weg zur Verbesserung des Bildungsangebots für die Bürgerinnen und Bürger der Kommune angesehen werden. Strategien zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zielen auf den gegenseitigen Austausch, wie es in den Bildungskonferenzen meist schon geschieht. Hinzukommen könnten regelmäßige Treffen, etwa alle halbe oder ganze Jahre, von Lenkungskreismitgliedern (Leitungen der Regionalen Bildungsbüros eingeschlossen) mit den kommunalen Schulausschüssen und/oder Bürgermeisterkonferenzen. Aber es lauern erfahrungsgemäß auch Gefahren in dieser Zusammenarbeit: Engere Bezüge sind nützlich für die Realisierung von Projekten, zu enge Bezüge können Initiativen und Kreativität einengen.

5. Feld: Bildungskonferenz – da geht was

Schade: Die Evaluation hat ergeben, dass die Bildungskonferenz (BK) als einziges Gremium nicht überall positiv eingeschätzt wird. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf und der sollte unter das Motto gestellt werden: „Da geht was! Wir

experimentieren mit dem Format.“ Die von den Regionalen Bildungsnetzwerken gewählten Formate unterscheiden sich fast alle voneinander.

Fazit: Das bedeutet im Kern, unterschiedliche Formen von Bildungskonferenzen auszuprobieren, eine klare Aufgaben- bzw. Zieldefinition vorzunehmen und jährliche Zwischenbilanzen zu ziehen. Ausprobieren könnte man zum Beispiel:

- Vertreterinnen und Vertreter der Schulausschüsse als Teilnehmende zu gewinnen
- regionale Bedarfslagen zu antizipieren und zu erkennen
- den Lenkungskreis und das Regionale Bildungsbüro regelmäßig über Handlungsfelder, Ergebnisse und Planungen bilanzieren zu lassen
- die Regionale Bildungskonferenz als Ideenpool zu verstehen
- den Teilnehmenden der Bildungskonferenz Raum zur Reflexion über die jeweilige Umsetzung in der eigenen Organisation bzw. den Partnerorganisationen zu ermöglichen
- Einige Regionen verfassen Bildungsberichte und schreiben sie regelmäßig fort. Sie enthalten Berichte und Analysen über die Aktivitäten in den Handlungsfeldern. Die Regionalen Bildungsberichte zeigen außerdem qualitative Entwicklungen und Perspektiven auf, die mit allen wichtigen Akteuren abgestimmt sind.

So wird's was

Plattform: „Die Bildungslandschaft im Kreis spiegelt sich in der Bildungskonferenz gut wider. Alle maßgeblichen Akteure sind eingebunden. Damit bietet die Bildungskonferenz die Gelegenheit, Kooperationen systematisch aufzubauen. In der Bildungskonferenz wurde ein gemeinsames Verständnis über die Arbeit im Regionalen Bildungsnetzwerk hergestellt. Die Aufträge für die Handlungsfelder im Regionalen Bildungsnetzwerk kommen aus der Bildungskonferenz.“

Impulsgeber: „Bei aufeinander aufbauenden Bildungskonferenzen wurde die Impulsgeberfunktion berücksichtigt, so dass Entwicklungen/Prozesse angestoßen werden konnten, die mit dem Lenkungskreis rückgekoppelt wurden. Zudem ist es gelungen, einen gemeinsamen Konsens über die Themen und Ziele der Bildungsregion herzustellen. Als Ergebnis der Konferenzen stehen jeweils Empfehlungen, die dem Lenkungskreis als Grundlage für die Steuerung der Netzwerkentwicklung dienen.“

6. Feld: Optimierungsbedarf bei den Lenkungskreisen

Die Lenkungskreise sind die zentralen Steuerungs- und Gestaltungsorgane. Ihre Mitglieder fungieren als Klärungs- und Kooperationsstelle sowohl zwischen Kommune und Land als auch innerhalb der jeweils eigenen Herkunftsorganisation, um Entscheidungen vorzubereiten und abzusichern. Ihre Aufgabe und ihr Funktionieren werden in der Evaluation durchgängig als positiv eingeschätzt.

Fazit: Für die Größe und Zusammensetzung ist festzuhalten: Die Größe sollte sich, was auch fast überall der Fall ist, bei ca. zehn Personen bewegen. Die Zusammensetzung ist im Kooperationsvertrag festgehalten. Darüber hinaus hat sich eine projektbezogene Flexibilität bewährt: Zum einen können von Fall zu Fall Elternvertretungen, Jugendvertretungen, Vertretungen von Schülerinnen und Schülern und Leitenden von Projekten aus den Handlungsfeldern teilnehmen – nicht als ständige Mitglieder, aber als Gäste zu Tagesordnungspunkten, für die sie die kompetenten Interessenvertreter sind. Da aktuell nur zwei bis drei Schulsprecher im Lenkungskreis sitzen, könnte durch Rotation sichergestellt werden, dass alle Schulformen beteiligt werden.

■ Die Lenkungskreise stehen auch in der Verantwortung, dort aktiv zu werden, wo noch keine Leitbilder des Regionalen Bildungsnetzwerkes erarbeitet wurden. Ziel sollte ein zeitnaher und hochpartizipativer Prozess sein, der sich auf zwei bis vier „starke Ziele“ konzentriert, die von allen Akteuren des Regionalen Bildungsnetzwerkes getragen werden.

So wird's was

Funktionalität: „Der Lenkungskreis erhält seine Wirksamkeit durch die Einbettung in ein System von Kooperationen; er verbindet die vorhandenen Steuerungs- und Beteiligungsgremien, strategische Steuerung gelingt, Entscheidungsfähigkeit und Ressourcensteuerung funktionieren, die Wirksamkeit wird allgemein sehr hoch geschätzt.“

Unterstützung: „Das Regionale Bildungsnetzwerk ist gut in die Verwaltungsstrukturen eingebunden, dabei erweisen sich die Akteure aus der Verwaltung als verlässliche Partner, die sich für die Gestaltung des Regionalen Bildungsnetzwerkes mitverantwortlich fühlen. Bei der unteren Schulaufsicht sowie bei den Schulen und den außerschulischen Partnern erfährt das Regionale Bildungsnetzwerk ebenfalls eine durchgängige Akzeptanz. Die Zu-

sammenarbeit mit dem Kompetenzteam gestaltet sich eher projektbezogen, aber in diesen Fällen auch sehr positiv.“

Begleitung: „Bürgermeisterkonferenz, Schulausschuss des Kreises und Schulausschüsse der Kommunen sind interessiert, werden informiert, geben positive Rückmeldungen zur Arbeit. Kreisdirektor und Abteilungsleiter der Schulabteilung arbeiten in Gremien, begleiten die Entwicklung der strategischen Perspektiven, gewährleisten nötige Ressourcen, stellen den Informationsfluss in Systemteile und -ebenen sicher. Schulaufsichten nehmen ihre Verantwortungen wahr.“

7. Feld: Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft

Zunehmend initiieren und unterstützen zivilgesellschaftliche Institutionen wie Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine, Hochschulen und Bürgerinitiativen Bildungsprogramme, deren Wirkung und Nachhaltigkeit zunehmen könnten, wenn sie mit den Gremien der staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft kooperieren. Je nach ausgewähltem Handlungsfeld wird die Zusammenarbeit offensiv zu suchen sein.

Fazit: Die zivilgesellschaftlichen Akteure werden als Partnerinnen und Partner verstanden, von denen Unterstützung kommt, die aber manchmal selbst Unterstützung benötigen. Lenkungskreis und Regionales Bildungsbüro können die Initiative für eine Zusammenarbeit ergreifen, um nachhaltige Kooperationen mit den zivilgesellschaftlichen Partnern zu vereinbaren und zu verstetigen.

So wird's was

Handlungsfelder: „Die Handlungsfelder des Bildungsbüros ergeben sich aus dem gemeinsam mit und für die Bildungsregion entwickelten Zielsystem. Sie haben eine hohe Verdichtung, werden größtenteils umgesetzt und sind gut vermittelbar. Auch für die Akteure sind die Handlungsfelder und die damit verbundenen Ziele und Angebote der Bildungsregion größtenteils transparent.“

Kooperation: „Das Regionale Bildungsnetzwerk hat Raum zum Austausch geschaffen und so eine Eigendynamik der Vernetzung in Gang gesetzt. Der Kontakt untereinander hat sich intensiviert und Gemeinsamkeiten wurden entdeckt. Insbesondere wurde dies in den schulischen

Netzwerken praktiziert, hier auch intensiv schulformübergreifend. Auch Kontakte zu anderen Institutionen sind entstanden, die ohne das Regionale Bildungsnetzwerk nie/kaum zustande gekommen wären.“

8. Feld: Aufgaben und Ressourcen synchronisieren – den Wandel gestalten

Halten wir fest, was die Evaluation schwarz auf weiß bestätigt hat: Regionale Bildungsnetzwerke haben sich überall bewährt und sind meist auch akzeptiert und beliebt.

Allerdings gilt auch: Mit zunehmender Akzeptanz wachsen die Erwartungen an die Regionalen Bildungsbüros bei gleichbleibender Personalressource. Es gibt zunehmend Programme im Bildungsbereich, für die eine kommunale Vernetzung vor Ort sinnvoll ist und für die die Kommunen neue Ressourcen erhalten. Diese Programme können auch Aufgaben enthalten, die bislang von den Regionalen Bildungsbüros operativ begleitet und umgesetzt wurden.

Fazit: Vordringlich ist es, die Ressourcen für die nächsten Jahre zu sichern und auch die Aufgaben und Ressourcen zu synchronisieren. Wo es möglich ist, sollten Ressourcen gebündelt werden, weil auf diese Weise eine höhere Effektivität und Effizienz entsteht.

■ In der Praxis hat sich bewährt, dass die Regionalen Bildungsbüros ausschließlich von den Lenkungsreisen beauftragt werden. Das sollte auch so bleiben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Regionalen Bildungsbüros in ihrem Selbstverständnis davon ausgehen, dass ihre Hauptaufgaben im Netzwerk beim Schnittstellenmanagement liegen. Höchst unterschiedlich ist die organisatorische Verortung der Regionalen Bildungsbüros. Eindeutige und für alle zutreffende Empfehlungen für die Verortung zu geben, ist verfrüht, vielleicht auch gar nicht möglich und vielleicht sogar auch gar nicht nötig: Vieles hängt hier von der konkreten Situation und auch von den handelnden Personen ab.

■ Die Regionalen Bildungsnetzwerke sind „lernende Organisationen“ und entsprechend sind die Mitarbeitenden „lernende Professionelle“. In diesem Sinne kann es nie verkehrt sein, vor allem die Kompetenzen des Schnittstellenmanagements der Netzwerkarbeit und des Projektmanagements noch stärker zu fördern. So werden Schulen und andere Bildungseinrichtungen zu professionellen Lerngemeinschaften, in denen alle Akteure miteinander und voneinander lernen.

■ Aus gleichem Grunde sollten mehr Evaluationen initiiert und durchgeführt werden, weil eine Kultur der Evaluation

auch die „Kapazität für Wandel“ wachsen lässt. Die Evaluationen sollten für alle Beteiligten verständlich und auslegbar sein und eine gute Balance zwischen interner und externer Evaluation aufweisen.

■ Last, but not least sei an die alte PR-Weisheit erinnert: Tue Gutes und rede darüber. Die Existenz, die Funktion und erst recht die Erfolge der Regionalen Bildungsnetzwerke sind oftmals außerhalb eines engeren Zirkels von Beteiligten und Experten immer noch weitestgehend unbekannt. Die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sollte ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Newsletter einiger Regionaler Bildungsbüros sind ein Schritt in die richtige Richtung.

So wird's was

Ressourcen: „Die sächliche Ausstattung ist gut. Die notwendige Akquise zweckgebundener Fördermittel gelingt. Es ist gelungen, das Regionale Bildungsbüro zu einer selbstständigen Abteilung im Fachbereich Schule zu machen, personelle und sächliche Ressourcen sind im Fachbereichsbudget verbindlich eingeplant, die Mittelvergabe erfolgt auf der Grundlage der jährlichen Zielvereinbarungen mit dem Verwaltungsvorstand, die vorhandenen Ressourcen werden nach Auffassung aller Beteiligten bedarfsorientiert und gerecht eingesetzt. Durch die Akquirierung von

Drittmitteln war es möglich, verschiedene Veranstaltungen anzubieten.“

Zusammenarbeit: „Das Regionale Bildungsbüro arbeitet hervorragend, die Zusammenarbeit funktioniert exzellent. Es ist als Stabsstelle organisatorisch direkt an die Amtsleitung angebunden, das Regionale Bildungsbüro wird als Dienstleister von den Schulen positiv wahrgenommen.“

Schnittstellenmanagement: „Das Regionale Bildungsbüro geht aktiv auf Netzwerkpartner zu. Es finden konstruktive Aushandlungsprozesse statt. Das Regionale Bildungsbüro ist für viele der Ort, um zunächst unstrukturierten Ideen zu einer Struktur zu verhelfen. Projekte werden mit einem systematischen Projektmanagement erfolgreich durchgeführt und weiterentwickelt.“



Glossar: Eckpunkte, Partner und Akteure der regionalen Vernetzung

Hier wächst zusammen, was zusammengehört

Aachener Erklärung | In der „Aachener Erklärung“ vom 23.11.2007 fordert der Deutsche Städtetag wörtlich: „Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung. Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft:

- Individuelle Potenziale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip ‚Anschlüsse statt Ausschlüsse‘ ermöglicht und gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.“

Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW“ | ist eine gemeinsame Einrichtung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung für Familie (MSW) und des Ministeriums für Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) sowie des Trägervereins der Akademie Remscheid. Die Arbeitsstelle informiert Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit

und Bildungsnetzwerke über Möglichkeiten der langfristigen Erweiterung ihres kulturellen Bildungsangebots und berät bei der Zusammenarbeit und nachhaltigen Vernetzung mit Kooperationspartnern aus Kunst und Kultur. Die Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW“ hat zu Beginn des Jahres 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie erfüllt ihren Auftrag in enger Abstimmung mit ihren Trägern sowie mit einer Reihe weiterer Einrichtungen und Institutionen aus dem Bereich der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen.

Bildungskonferenz NRW | In der Bildungskonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Vertreterinnen und Vertreter von über 50 Verbänden, Institutionen und im Landtag vertretenen Parteien im Jahr 2011 gemeinsame Empfehlungen erarbeitet und verabschiedet. Die Ziele: Bildungsgerechtigkeit stärken, die Leistungsfähigkeit des Schulsystems steigern und mehr wohnortnahe Bildungsangebote ermöglichen. Seitdem trifft sich die Bildungskonferenz NRW in regelmäßigen Abständen, um sich über den Umsetzungsstand zu informieren. Aktuelle Informationen werden im Bildungsportal des Ministeriums für Schule und Weiterbildung veröffentlicht.

Bildungspartner NRW | In der Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Partnern profitieren beide Seiten. Die Medienberatung NRW koordiniert die Initiative Bildungspartner NRW seit 2005. Sie unterstützt die systematische Zusammenarbeit von Schulen mit Archiven, Bibliotheken, Gedenkstätten, Medienzentren, Museen, Musikschulen, Sportvereinen und Volkshochschulen. Entdecken Sie, wer sich aktuell an der Initiative beteiligt: <http://www.bildungspartner.schulministerium.nrw.de/Bildungspartner/index.html>

BISS – Bildung durch Sprache und Schrift | ist ein fünfjähriges Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Im Rahmen des Programms werden die in den Bundesländern eingeführten Angebote zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und Effizienz wissenschaftlich überprüft und weiterentwickelt. BISS ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Konferenz der Jugend- und Familienminister (JFMK) der Länder. Mit der wissenschaftlichen Gestaltung und Begleitung des BISS-Programms wurde ein Trägerkonsortium beauftragt. Die praktische Umsetzung der Maßnahmen und Programme zur sprachli-

chen Bildung und Förderung verantworten die Bundesländer. Ein Lenkungsausschuss übernimmt die Gesamtsteuerung.

Denkschrift „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ | 1992 berief der damalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, unter dem Namen „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ eine Bildungskommission, um „eine Diskussion in Gang [...] zu bringen, die über die Tagesaktualitäten hinaus weit in die Zukunft weist“. Ergebnis der mehrjährigen Arbeit der internationalen und hochkarätig besetzten Kommission war die Denkschrift Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Die Denkschrift empfahl die Schule der Zukunft als Reform der heutigen Schule „bei laufendem Betrieb“ hin zu einem Haus des Lernens, in dem das Vertrauen wächst, dass alle lernen können. Diese Schule ist ein Stück Leben, das es zu gestalten gilt.

Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen (GK) | Weiterbildung braucht verlässliche Partner: Das sind in Nordrhein-Westfalen die 460 in 20 Landesorganisationen zusammengeschlossenen und durch das Weiterbildungsgesetz öffentlich geförderten Einrichtungen, wie die Volkshochschulen und die Bildungsträger der freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, des

Sports und der politischen Stiftungen sowie andere freie Träger. Ihnen kommt eine ständig wachsende Bedeutung zu. Weiterbildung muss nah am Menschen sein. Die Landesorganisationen bzw. ihre Angebote sind: offen zugänglich für alle Zielgruppen, erschwinglich, wohnort- und bürgernah, qualitätsgeprüft, nicht gewinnorientiert und vernetzt mit anderen Bildungsbereichen. Ziel der Landesarbeitsgemeinschaft ist es, ein flächendeckendes Angebot an allgemeiner, politischer, beruflicher, schulabschlussbezogener, kultureller Bildung sowie Angebote der Eltern- und Familienbildung zu unterbreiten.

Inklusion | ist ein Schlüsselbegriff, der eine humane Gesellschaft kennzeichnet, die Verschiedenheit anerkennt und annimmt und auf einen gesamtgesellschaftlichen, wertorientierten Grundkonsens zielt. In einem inklusiven Schulsystem wird das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Normalform. Mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz hat das Land NRW den Auftrag der VN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und die ersten Schritte auf dem Weg zur inklusiven Bildung an allgemeinen Schulen in NRW gesetzlich verankert. Schülerinnen und Schüler mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung soll grundsätzlich immer ein Platz an einer allgemeinen Schule angeboten werden. Eltern sollen jedoch

für ihr Kind auch weiter die Förderschule wählen können.

Kein Abschluss ohne Anschluss

KAoA | Dieses Gesamtkonzept wurde am 18. November 2011 im Spitzengespräch des Ausbildungskonsenses beschlossen. Es hieß zunächst „Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW und wird nun „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ (KAoA) genannt. Ziel dieses im Endausbau im Schuljahr 2018/19 im ganzen Land umgesetzten Gesamtkonzeptes ist es, allen jungen Menschen mit und ohne Schulabschluss den Start in die berufliche Ausbildung oder das Studium und damit zugleich ins Berufsleben – durch die optimale Zusammenarbeit der Partner vor Ort erfolgreicher als bisher zu ermöglichen. Inhaltlich steht bei „Kein Abschluss ohne Anschluss“ als eins der vier zentralen Handlungsfelder die Umsetzung von sog. verbindlichen Standardelementen der Berufs- und Studienorientierung, z.B. eine individuelle Potenzialanalyse, ein prozessbegleitendes Portfolioinstrument und vor allem die Förderung jedes einzelnen Jugendlichen im Vordergrund: Schrittweise bis zum Endausbau im Schuljahr 2018/19 sollen alle Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen ab der 8. Klasse, egal ob an Förderschule oder Gymnasium, eine systematische, geschlechter-sensible und nachhaltige Berufs- und

Studienorientierung erhalten. Dazu gehören z.B. auch noch vor den Betriebspraktika gezielte Berufsfelderkundungen, die vorrangig in Betrieben durchgeführt werden. So lernen die Jugendlichen berufliche Tätigkeiten in der Praxis exemplarisch kennen und reflektieren mit Bezug zum Ergebnis der Potenzialanalyse ausgewählte Fähigkeiten durch reale betriebliche Erfahrungen. Die Schülerinnen und Schüler bilanzieren im Rahmen einer Anschlussvereinbarung die bis dahin vorliegenden Ergebnisse und Erkenntnisse ihres individuellen Berufs- und Studienorientierungsprozesses. Unterstützt durch Beratungsgespräche leiten sie hieraus Schritte für ihren weiteren Weg in eine Berufsausbildung, in ein Studium, in weitere Bildungsangebote oder in alternative Anschlusswege ab.

Kernaufgabe der Verwaltung des Gesamtkonzeptes in der Region ist die „Kommunale Koordinierung“ deren Ziel es ist, ein nachhaltiges und systematisches Übergangssystem Schule – Beruf anzustoßen, notwendige Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Akteuren auf regionaler Ebene zu organisieren und zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung beizutragen. Im Rahmen der kommunalen Koordinierung sorgt die Kommune dafür, dass mit den regionalen Partnern ein gemeinsames Verständnis über das Zusammenwirken der Zuständigkeiten erreicht, Rollen geklärt, Absprachen und Vereinba-

rungen getroffen und deren Einhaltung nachgehalten werden.

Kein Kind zurücklassen | „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ist ein richtungweisendes Modellvorhaben der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung, das die Weichen für gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stellt. Seit Anfang 2012 haben sich insgesamt 18 Kommunen auf den Weg gemacht, kommunale Präventionsketten aufzubauen. Das heißt, vorhandene Kräfte und Angebote in den Städten und Gemeinden werden gebündelt und Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Soziales werden miteinander verknüpft, um Kinder und ihre Familien zu unterstützen – lückenlos von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben.

Kommunale Integrationszentren | In Nordrhein-Westfalen haben bereits 49 Kommunale Integrationszentren in Kreisen und Kreisfreien Städten ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommunalen Integrationszentren sind das Herzstück des 2012 verabschiedeten Teilhabe- und Integrationsgesetzes. Sie sollen die Voraussetzungen schaffen, dass die Integration vor Ort gelingt. Alle geförderten Kommunalen Integrationszentren in NRW bilden einen landesweiten Zusammenschluss. Das Land NRW unterstützt die Kommunalen Integra-

tionszentren durch eine Landesweite Koordinierungsstelle (LaKI), die sich aus der ehemaligen „Hauptstelle der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien NRW“ und Teilen des Kompetenzzentrums für Integration bei der Bezirksregierung Arnsberg zusammensetzt, und nimmt die folgenden Aufgaben wahr: Moderation des internen Austauschs, Durchführung interner und überregionaler Fortbildungsangebote, Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, Organisation des Förderprogramm-Controllings, Mitwirkung bei der konzeptionellen Weiterentwicklung von Integration und Bildung in NRW.

Kompetenzteams | Seit 2011 ist in NRW in fast jeder Region ein sogenanntes Kompetenzteam für die Initiierung, Organisation und Gestaltung der Lehrerfortbildung und der Schulentwicklung tätig. Es ist bei der unteren Schulaufsicht angegliedert und wird von einem Schulamtsdirektor geleitet. Zunehmend kommen abgeordnete Lehrpersonen als Geschäftsführung hinzu.

In dem Muster-Kooperationsvertrag der Regionen mit dem Land (MSW) findet sich die folgende einschlägige Formulierung: „Die Mitglieder des regionalen Kompetenzteams für Lehrerfortbildung arbeiten anlass- und themenbezogen mit der regionalen Geschäftsstelle (dem Regionalen Bildungsbüro) zusammen, soweit schulische Fortbildungsbedarfe tangiert sind.

Kompetenzteams sind zentrale Bestandteile der staatlichen Fortbildung und Teil der örtlichen Schulaufsicht. Sie vertreten die Prioritäten, die das Land in der Fortbildung setzt, und sind ausgerichtet am Fortbildungsbedarf der Schulen vor Ort, den sie ermitteln und so effizient und effektiv wie möglich befriedigen. Kompetenzteams kooperieren im Rahmen ihrer Aufgaben mit den Schulträgern und den regionalen, an Schule und Bildung beteiligten und interessierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Partnern. So beteiligen sie sich nach ihren Möglichkeiten aktiv an der Gestaltung Regionaler Bildungsnetzwerke. Die Kompetenzteams NRW unterstützen die Schulen dabei, die Lernmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Absprachen, die Ressourcen oder Arbeitsbereiche der Kompetenzteams betreffen, berücksichtigen deren Letztverantwortung und sind einvernehmlich zu treffen.“

Die Fortbildungsarbeit der 53 Kompetenzteams wird im Rahmen der Fortbildungsinitiative NRW auf die Unterrichtsentwicklung für eine neue Lehr- und Lernkultur fokussiert. Passende Angebote zur Unterstützung werden in acht Programmen in zwei Themenfeldern „Schulentwicklung“ und „Fokus Unterrichtsentwicklung“ gebündelt. Seit 2011 werden in NRW zudem 300 Moderatorinnen und Moderatoren aus den für Fortbildung zuständigen Kom-

petenzteams für das Thema Inklusion qualifiziert. Diese können von Schulen, an denen Gemeinsames Lernen eingerichtet ist und daher auch Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung zum Kollegium gehören, angefordert werden, um das Kollegium z. B. im Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Lern- und Entwicklungsstörungen fortzubilden.

Landkreistag Nordrhein-Westfalen | Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) ist der kommunale Spitzenverband der Kreise in Nordrhein-Westfalen mit 10,5 Millionen Einwohnern. Mitglieder sind die 30 Kreise, die StädteRegion Aachen, die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sowie der Regionalverband Ruhr. Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen nimmt die gemeinsamen Anliegen der Kreise in NRW wahr. Er setzt sich für die kommunale Selbstverwaltung ein und fördert die Stärkung der Verwaltungskraft der Kreise. Als kommunaler Spitzenverband vertritt er die Belange seiner Mitglieder gegenüber Landtag und Landesregierung.

Lernen vor Ort | „Lernen vor Ort“, getragen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Stifungsverbund Lernen vor Ort, unterstützte im Rahmen des Projektes (2009 bis 2014) bundesweit 35 Kreise und kreisfreie Städte. Das gemeinsame Ziel: Die Entwicklung

eines lokalen Bildungsmanagements vor Ort, das lebenslanges, aufeinander abgestimmtes Lernen und erfolgreiche Bildungsbiografien für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSW)

| Zum Geschäftsbereich des Ministeriums als oberste Schulaufsichtsbehörde gehört die Schulaufsicht über das gesamte Schulwesen. Unmittelbare Aufsichtsbehörden über die Schulen sind die Bezirksregierungen und die staatlichen Schulämter. Die Bezirksregierungen nehmen die Dienst- und Fachaufsicht über die Realschulen, die Gesamtschulen, die Gymnasien, die Sekundarschulen, die Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs sowie Förderschulen u. a. im Bildungsbereich dieser Schulformen wahr. Die Bezirksregierungen sind zugleich obere Schulaufsichtsbehörde. Die staatlichen Schulämter nehmen die Dienst- und Fachaufsicht über die Grundschulen und die Fachaufsicht über Hauptschulen und bestimmte Förderschulen wahr. Das staatliche Schulamt wird als untere Schulaufsichtsbehörde von den Kreisen und kreisfreien Städten bzw. der StädteRegion Aachen getragen. Zu den Einrichtungen des MSW gehört u. a. die Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LiS).

Münchener Erklärung | Anlässlich des Kongresses „Bildung gemeinsam verantworten“ am 8./9. November 2012 stellte der Deutsche Städtetag in einer Erklärung fest und forderte: „Bildung wird zunehmend zur zentralen Zukunftsstrategie der Städte und Gemeinden in Deutschland:

- Die Bündelung und Vernetzung der Zuständigkeiten und Ressourcen für Bildung auf der örtlichen Ebene ermöglichen es, Probleme zu identifizieren und erfolgreiche Bildungsbiografien durch Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes der Menschen zu fördern.

- Zugang zu Bildung ist ein nicht verhandelbares Grundrecht. Indem die Städte und Gemeinden gemeinsam mit Bund und Ländern sicherstellen, dass alle Menschen unabhängig von sozialem Status, Alter, kulturellem Hintergrund und finanziellen Möglichkeiten Zugang zu Bildung zu bekommen, fördern sie die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen. Zugleich wird die demokratische Basis unserer Gesellschaft, ökonomischer Erfolg und der soziale Zusammenhalt gesichert.

- Ein leistungsfähiges Bildungsangebot ist eine zentrale Voraussetzung für gut ausgebildete Fachkräfte und eine positive Standortentwicklung. Frühzeitige und individuelle Förderung trägt nachhaltig dazu bei, Armut und Sozialkosten zu vermeiden.“

Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LiS) |

Die Qualitätsagentur berät und unterstützt das Ministerium für Schule und Weiterbildung. Sie ist die zentrale Einrichtung für pädagogische Dienstleistungen, insbesondere zur Unterstützung der Schulen bei der Wahrnehmung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages. Wesentliche Leistungen der Qualitätsagentur sind unter anderem die Entwicklung von Lehrplänen für alle Schulformen und Schulstufen, die Entwicklung von Aufgaben für die zentralen Prüfungen, die Erstellung von Handreichungen und Materialien für die Unterrichts- und Schulentwicklung, die Durchführung und Begleitung von Evaluationen und Modellvorhaben, zentrale und landesweit angelegte Maßnahmen der Professionalisierung des pädagogischen Leitungs- und Fortbildungspersonals, Beobachtung und Analyse schulfachlicher Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung, übergreifende Qualitätssicherung und Weiterentwicklung im Bereich der Weiterbildung. Die Qualitätsagentur nimmt ihre Aufgaben in enger Kooperation mit den Schulaufsichtsbehörden wahr und arbeitet mit den Weiterbildungsträgern und anderen Einrichtungen und Stellen aus Lehrerbildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen.

Schulen im Team – Netzwerke für die Zukunft | Netzwerke bilden – das ist die Idee und Aufforderung von Schulen im Team mit dem Ziel der fachbezogenen Weiterentwicklung von Schule und Unterricht. Die Grundidee ist einfach: Schulen öffnen sich für andere Schulen, um sich als lokale Kooperationspartner über Methoden und Arbeitsweisen, neue Ideen und Ziele auszutauschen und von- bzw. miteinander zu lernen. Schulen im Team ist ein Schulentwicklungsprojekt der Stiftung Mercator und des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der TU Dortmund in Kooperation mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Selbstständige Schule | Selbstständige Schule war ein gemeinsames Projekt des für Schule zuständigen Ministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung. Es hatte eine Laufzeit von 6 Jahren und endete im Sommer 2008. Im Mittelpunkt des Projektes standen die Schülerinnen und Schüler mit dem Ziel ihre Lern- und Lebenschancen zu verbessern. Dies sollte erreicht werden durch die qualitätsorientierte Selbststeuerung an Schulen und die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. An dem Projekt nahmen 19 Regionen mit fast 800 Schulen teil. Die Berücksichtigung der Region als wesentlicher Faktor für eine gelingende Schulentwicklung war eine Besonderheit

dieses groß angelegten Schulentwicklungsprojektes. Regionale Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sollten die Schulen bei ihrer Entwicklungsarbeit unterstützen. Der Aufbau einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft als strukturelle Voraussetzung für eine regionale Bildungslandschaft, in der alle Akteure im Bereich Schule und Bildung zur Verbesserung der Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen kooperieren, wurde in der zweiten Projekthälfte fokussiert.

Serviceagentur ganztägig lernen | Das Programm unterstützt Schulen auf dem Weg von der Halbtags- zur Ganztagschule. Schon bestehenden Ganztagschulen soll das Programm zudem helfen, ihre Angebote weiterzuentwickeln. Nach der ersten Förderphase von 2004 bis 2009 haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Europäische Sozialfonds das Programm bis zum Jahr 2014 verlängert. Das Herzstück des Programms sind die regionalen Serviceagenturen „Ganztägig lernen“ in allen 16 Bundesländern. Dort stehen sie den Schulen mit ihrem pädagogischen und länderspezifischen Know-how zur Seite. In Nordrhein-Westfalen ist die Anzahl der Ganztagschulen seit der Einführung im Schuljahr 2003/2004 zunehmend gewachsen und steigt weiter an. Jedes dritte Kind im Grundschulalter nimmt an den

außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschule teil, aber auch in der Sekundarstufe I gibt es inzwischen fast überall im Land eine erreichbare Ganztagschule in gebundener Form. Die seit 2012/2013 entstehenden Sekundarschulen werden grundsätzlich im Ganztag geführt, aber auch alle anderen Schulformen der Sekundarstufe I bauen den Ganztag aus. Der Ganztag bietet allen Schulformen in Nordrhein-Westfalen ein größeres Zeitfenster für eine veränderte Lernkultur mit zusätzlichen Bildungs- und Freizeitangeboten. Die Ganztagschule ist ein Lern- und Lebensort, an dem die Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale entwickeln können. Wesentliche Ziele des Ganztags sind die Verbesserung der Vereinbarung von Familie und Beruf und eine ganzheitliche Bildungsförderung. Zentrale Grundlage des Ganztags in Nordrhein-Westfalen ist die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Kultur und Sport und weiteren außerschulischen Partnern. Die Förderung des Landes NRW erfolgt einerseits finanziell durch zusätzliche Lehrerstellen und Zuschüsse zu den Personalkosten für außerschulische Fachkräfte, aber auch fachlich durch Unterstützung, Fachberatung und Qualifizierung.

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen | Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) ist ein Zusammenschluss von 359 der 396

Kommunen im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Mitglieder im Städte- und Gemeindebund sind ausschließlich kreisangehörige Städte und Gemeinden. In den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in NRW leben gut neun Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Landes. Die Mitgliedschaft im StGB NRW ist freiwillig. Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der kleineren und mittleren Städte und Gemeinden bei der Gesetzgebung in NRW berücksichtigt werden. Dies betrifft alle Bereiche der Kommunalpolitik und umfasst zum Beispiel verfassungsrechtliche Fragen, Sozialpolitik, Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Finanzpolitik, Schul- und Kulturpolitik. Der StGB NRW vertritt somit die Interessen und politischen Standpunkte der Städte und Gemeinden gegenüber der Landesregierung, dem Landtag Nordrhein-Westfalen und Verwaltungsbehörden sowie gegenüber zahlreichen Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Städtetag Nordrhein-Westfalen | Der Städtetag Nordrhein-Westfalen ist die Stimme der Städte im größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In ihm haben sich 39 Städte mit rund neun Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Außerordentliche Mitglieder sind zudem die beiden Landschaftsverbände

Rheinland und Westfalen-Lippe, der Regionalverband Ruhr, der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und die Rheinischen Versorgungskassen. Der kommunale Spitzenverband repräsentiert damit knapp 50 Prozent der Bevölkerung des Landes. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber dem Landtag und der Landesregierung.

Vielfalt fördern | Das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und die Bertelsmann Stiftung kooperieren im Projekt „Vielfalt fördern“, um ein systematisches Fortbildungsangebot für Schulen der Sekundarstufe I im Bereich der individuellen Förderung zu entwickeln. Die Kooperationspartner möchten mit ihrem Projekt die Schulen und Lehrkräfte dabei unterstützen, sich besser auf die wachsende Heterogenität der Schülerschaft einzustellen. Damit soll ein Beitrag zur Verbesserung von Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen geleistet werden.

Zukunft durch Innovation | Zukunft durch Innovation.NRW (zdi) ist eine engagierte Gemeinschaftsoffensive zur Förderung des naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchses in Nordrhein-Westfalen. Mit über 2.700 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Schule, Politik und gesellschaftlichen Gruppen ist sie die

größte ihrer Art in Europa. Im ganzen Land verteilt gibt es inzwischen 43 zdi-Zentren und 25 zdi-Schülerlabore. Hinzu kommen zahlreiche weitere Einrichtungen, die zdi-Aktivitäten umsetzen, darunter zahlreiche Lernwerkstätten an Grundschulen ebenso wie bekannte andere außerschulische Lernorte an Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

zdi wird auf Landesebene gleich von mehreren Ministerien (der Ressorts Wissenschaft, Schule und Wirtschaft) unterstützt; die Federführung liegt dabei beim Wissenschaftsministerium. Die zdi-Geschäftsstelle berät und unterstützt die Zentren und Schülerlabore in ihrer Arbeit und koordiniert die Vergabe von Fördermitteln. zdi leistet mit seinen Angeboten zur Berufs- und Studienorientierung einen wichtigen Beitrag zum Landesvorhaben "Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA).



Hinweis auf das politische Werbeverbot:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift verteilt worden ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum:

Herausgegeben vom
Ministerium für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 5867-40
Telefax: 0211 5867-3220
E-Mail: poststelle@msw-nrw.de
www.schulministerium.de

in Kooperation mit:

[Städtetag Nordrhein-Westfalen](#)
[Landkreistag Nordrhein-Westfalen](#)
[Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen](#)

Konzept, Redaktion und Gestaltung

[Gesellschaft für Publizistik,](#)
[Sozialforschung und Kommunikation:](#)
[GfP mbH, Köln](#)

Bildquellen:

Uli Grohs (S. 8, 12), Thomas Range (S. 52),
Georg Hennecke, Getty Images (S. 1, 13, 23),
Fotolia.de (S. 7, 23, 39), PeopleImages/iStock (S. 23);
alle weiteren Fotos wurden von den jeweiligen Projekten
und den zitierten Personen persönlich gestellt.

Druck: Woeste-Druck + Verlag GmbH & Co. KG, Essen
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Quellenhinweise:

Der Bericht zu der mehrfach zitierten Studie von Prof. em. Dr. Hans-Günter Rolff „Auswertung der Evaluationen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Regionalen Bildungsnetzwerke (RBN) in NRW, Wissenschaftliche Expertise II, Oktober 2014“ findet sich vollständig im Netz unter:
<http://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulentwicklung/RegionaleBildNetzwerke/Expertise-II-final.pdf>
Stefan Schmidt, schmidt evaluation:
Grafik Transparenz - Beteiligung - Nutzen, Sonderauswertung der Akteursbefragungen in 35 Regionalen Bildungsnetzwerken in Nordrhein-Westfalen, 2014

**„Bis heute haben 50 von 53 Kreisen bzw. kreisfreien Städten ein Regionales Bildungsnetzwerk eingerichtet:
Die Regionalen Bildungsnetzwerke werden überparteilich und über alle Verbände hinweg als wichtige und nützliche Einrichtung anerkannt.“**

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSW)

